

# Deutsche Bäcker- und Konditoren-Zeitung

Organ des Zentralverbandes der Bäcker u. Konditoren, Lebküchler, Arbeiter u. Arbeiterinnen in der Zuckerwaren-, Süßkolladen- u. Kakaoindustrie

Verbandsmitglieder erhalten das Blatt unentgeltlich. Abonnement pro Quartal Mk. 2.

Offizielles Organ der Zentral-Kranken- und Sterbe-Kasse der Bäcker und Berufsgenossen Deutschlands (Sitz Dresden), Liliengasse Nr. 12.

Insertionspreis pro dreigelegte Petitzelle 50 Pfg., für die Zeilisten 30 Pfg.

**Mitglieder!** Unsere großen agitatorischen Erfolge der letzten Wochen und Monate sind Euch bekannt! Erhöht sie, indem Ihr noch vor Jahreschluß mit aller Kraft unsere Reihen weiter zu stärken sucht! Feinde ringsum — aber vorwärts trotz alledem!

## Heerschau.

Die Demonstrationsversammlungen zur gesetzlichen Einführung des sechsunddreißigtündigen wöchentlichen Ruhetages liegen hinter uns. Soweit nach den eingegangenen Berichten zu ersehen ist, war die Kundgebung im gesamten Reichsgebiet die mächtigste, die wir in dem langjährigen Kampf zur Verwirklichung unserer Kulturforderung erlebten. Es mußte so kommen, daß die getretenen und ausgebeuteten Backstubensklaven der Bäckereien und Konditoreien gegen die widernatürliche Arbeitszeit sich aufbäumten und mit allem Nachdruck die ihnen vorerhaltenen Menschenrechte forderten. Es mußte kommen, daß die Geknechteten aller Arbeiterschichten mit unbändigem Haß gegen das Unternehmertum erfüllt wurden, das den Gehilfen nur als gewinnbringende Arbeitsmaschine betrachtet und mit nackter Brutalität alle natürlichen Grundregeln mit Füßen tritt. Fischblut mußte in unsern Adern sein, wenn das arbeiterfeindliche Verhalten der Regierung nicht den größten Sturm der Entrüstung ausgelöst hätte. Dieselbe Regierung, die den Reichen alles gibt, aber dem Arbeiter das Wenige, was er besitzt, noch nimmt, ihn nicht im geringsten vor unmenschlicher Ausbeutung schützt, mußte mit Recht harte Worte hören. Ihr kulturfeindliches Benehmen ist dazu angetan, mehr als 100 000 fleißige Arbeiter als körperliche und geistige Krüppel niederzuhalten, sie nicht auf gleiche Stufe mit andern Menschen zu stellen. Ob nun die Reichsregierung durch die Ruhetagsdemonstration jetzt schon eines andern belehrt wird und unserer Forderung Rechnung trägt, das steht allerdings auf einem andern Stück Papier geschrieben. Hoffnung hierzu dürfen wir wenig haben, wenn wir uns die gegenwärtige Zusammensetzung des Reichstages mit der arbeiterfeindlichen Mehrheit des schwarz-blauen Schnapsblocks vor Augen führen. In diesem reaktionären Moderduft kann keine vernünftige Sozialpolitik gedeihen, die weitgehende Schutzbestimmungen gegen die sieben-tägige Arbeitswoche in unsern Berufe mit sich brächte. Aber die Zeit wird und muß kommen.

Was das Erfreulichste der Ruhetagsbewegung war, ist die fast einstimmige Annahme der Verbandsresolution. Selbst aus Orten wird das berichtet, wo die Organisation noch wenig Fuß fassen konnte infolge des unbeschreiblichen Terrorismus, der von den Unternehmern und ihren seelenverwandten gelben Streikbrechervereinen gegen andersdenkende Kollegen ausgeübt wird. Nachstehende Resolution wurde in den Versammlungen zum Beschluß erhoben:

„Beim Wiedezusammentritt des Deutschen Reichstages erhebt die Versammlung der Bäcker und Konditoren die berechtigte und zeitgemäße Forderung nach einem wöchentlichen Ruhetag von 36 Stunden Dauer, wie dieser Ruhetag bereits in der Petition vom Jahre 1905 an den Bundesrat und vom November 1908 an den Reichstag gefordert wurde.

Es ist unerhört, daß, während die Arbeiterschaft aller andern Berufe jeden Sonntag einen vollständig freien Ruhetag hat, die Arbeiter in Bäckereien und Konditoreien zum Schaden ihrer Gesundheit immer noch regelmäßig sieben Tage resp. sieben Nächte in der Woche, und zwar durchweg 82 und mehr Stunden, schwer arbeiten müssen. Die Folgen dieser gesundheitschädlichen langen Arbeitszeit sind anerkannt von allen ärztlichen Autoritäten sowohl, als auch von fast allen Sozialpolitikern sowie Gewerbe- und Fabrikinspektoren. Diese schädlichen Folgen der überlangen Arbeitszeit, ohne Gewährung eines wöchentlichen Ruhetages, äußern sich in einer bedeutenden Schwächung des Körpers und der Gesundheit der davon Betroffenen, die, wie die Krankenkassenstatistik lehrt, sich in öfter wiederkehrenden langen Krankheiten, im Verfall der Körperkräfte zu frühzeitigem Siechtum und in großer Sterblichkeit in jugendlichem Alter bemerkbar macht.

Deshalb ersucht die Versammlung den hohen Reichstag, dem § 105 e der Reichsgewerbeordnung eine Bestimmung anzufügen, welche auch den Arbeitern in Bäckereien und Konditoreien einen wöchentlichen Ruhetag von 36 Stunden Dauer garantiert. Daß dieses ohne Schaden für das Gewerbe und ohne Beeinträchtigung der Gewohnheiten des konsumierenden Publikums geschehen kann, beweisen sowohl die nach dieser Richtung hin erfolgten gesetzgeberischen Maßnahmen fast aller Kulturländer als auch der Umstand, daß in den Regierungsbezirken Düsseldorf und Münster durch Verordnungen der Regierungspräsidenten der wöchentliche Ruhetag den Arbeitern in Bäckereien und Konditoreien gewährt wird. Ferner haben durch Tarifvertrag 70 pZt. der in Hamburg-Altona arbeitenden Bäcker und Konditoren diesen wöchentlichen Ruhetag erreicht und in gleicher Weise 1700 in Genossenschaften und Konsumbäckereien arbeitende Bäcker.“

Das Gesamtstimmungsergebnis der abgehaltenen 152 Versammlungen gestaltete sich folgendermaßen: Für die Resolution stimmten: **11 934 Versammlungsbesucher**, darunter 14 Meister, 7 Bäckermeistersöhne und 68 Gelbe. Gegen die Resolution stimmten: 78 Versammlungsbesucher, darunter 6 Meister, 13 Bäckermeistersöhne und 37 Gelbe. 37 haben sich der Abstimmung enthalten.

Die Gegner der Ruhetagsbewegung sind so berschwindend wenig, daß sie wohl kaum von ihren Abgesandten, den Unternehmern, ernst genommen werden dürften. Aus vielen Orten liefen Berichte ein, daß die Brüder-schafts- oder Gehilfenvereinsmitglieder geschlossen für die Resolution stimmten und daß in meistertreuen Vereinen die Strömung gegen den Ruhetag nur in wenigen Wirkköpfen vorhanden ist, aber der größte Teil der wenigen Mitglieder mit Sehnsucht den Ruhetag erwartet; das geht ebenfalls aus dem Resultat der Abstimmung hervor.

Zu einer besonders imposanten, mächtvollen Kundgebung gestaltete sich die Versammlung in Berlin. Nach dem Bericht im „Berliner Lokal-Anzeiger“ und dem offiziellen Organ des Zentralverbandes deutscher Bäckereien, der Güntherschen „Bäcker- und Konditoren-Zeitung“, war der große Saal bei Keller überfüllt, da reichlich 4000 Personen erschienen waren; desgleichen war die Abendversammlung für die Konditoren „sehr zahlreich besucht“.

Durch unsere mächtige Demonstration wurde das Unternehmertum wie Gulen aus dem morschen Innungsturm aufgeschwacht, und ihre Presse speit Gift und Galle über die Frechheit der „Roten“, die partout nur an sechs Tagen in der Woche arbeiten wollen. Wie Wahnsinnige schlagen die Redaktionen um sich, weil sie sehen müssen, wie die Ruhetagsbewegung immer weitere Kreise zieht und selbst eine bedeutende Anzahl der Kleinmeister mit unserer Forderung sympathisiert. Die „Concordia-Fachzeitschrift“ in Berlin glaubt, bei den Bäckermeistern dadurch wieder zu Ansehen zu gelangen, wenn sie die in den Betrieben vorgekommenen Unreinlichkeiten nicht auf die unmenschliche Ausbeutung der Arbeiter, sondern auf deren Faulheit zurückführt. Sie besitzt weiter den Mut, als „ganz unzutreffend“ zu bezeichnen, daß die unnatürliche Arbeitsweise ein starkes Anschwellen der Krankheits- und Sterblichkeitsziffer mit sich bringt. Am tollsten aber von allen Innungszeitungen benimmt sich die „Allgemeine Bäcker- und Konditorzeitung“ in Stuttgart. Ihrer Wut läßt sie in einem Sammelsurium von Beschimpfungen freien Lauf und kommt mit aller Deutlichkeit zu folgender Antwort auf unsere Bewegung:

„Auch das Bäckerhandwerk muß sozial fühlen und sozial handeln. Was es aber nicht gewähren und dazu nicht die Hand bieten kann, das sind unerfüllbare, das Handwerk zugrunde richtende Forderungen — es ist insbesondere das rote Verlangen der sechstägigen Arbeitswoche. Mit dieser Frage steht oder fällt der Bäckerstand. Kleinmeister, seid darum besonders auf der Wacht! Als wertvolle Unterstützung in diesem Kampfe halten wir den Arbeitgeber-schutzverband im Bäckergewerbe.“

Die Rückständigkeit der Unternehmerpresse und deren Redaktionen könnte nicht besser zum Ausdruck gebracht werden als in den wenigen Sätzen. Es muß schlimm um die geistige Verfassung des Redakteurs der „Allgemeinen“ bestellt sein, wenn er sich in seiner langjährigen Tätigkeit nur zu solchen rückständigen Ansichten durcharbeiten konnte. Keine Blasse Ahnung haben solche Leute von der Möglichkeit der Einführung der sechstägigen Arbeitswoche, sonst könnten sie nicht zu dem unsagbar bornierten Ausruf kommen: Mit dieser Frage steht oder fällt der Bäckerstand.

Die Ruhetagsbewegung hat zur Evidenz bewiesen, daß die Gehilfenschaft alles in die Waagschale wirft, um die sechstägige Arbeitswoche im Bäcker- und Konditorgewerbe zu erkämpfen. Darin waren die Tausende der Demon-

franten einig, nicht mit geballter Faust in der Tasche dürfen wir warten, bis es der Regierung gefällig ist, ein diesbezügliches Reichsgesetz zur Einschränkung der sieben-tägigen Ausbeutungswoche zu erlassen, sondern, daß, unbeschadet der Forderung an die Gesetzgebung, durch die Macht der Organisation der Ruhetag in allen Orten und Betrieben, wo wir unsere Kräfte konzentriert haben, vom Unternehmertum gefordert und erkämpft werden muß. Die Heerschau im Kampfe um die sechstägige Arbeitswoche gibt uns die Gewißheit, daß wir siegen müssen und der Ruhetag für alle erkämpft wird

**troß alledem und alledem!**

**Arbeiter und Führer.**

Wenn man Probleme und Erscheinungen innerhalb unserer modernen Gewerkschaftsbewegung bespricht, dann ist es nicht angängig, immer nur und in einseitiger Weise die Lichtseiten der Bewegung zu erörtern. Vielmehr ist notwendig, zur besseren Schulung der Gewerkschaftsmitglieder auch dadurch beizutragen, daß auch die vorhandenen Schattenseiten einer Betrachtung unterzogen werden. Zu diesen Schattenseiten gehört neben andern ein gewisser Gegensatz, der in unserer Gewerkschaftsbewegung oftmals zwischen einem Teil von Mitgliedern und den Führern, den Verbandsangestellten, zutage tritt.

Dieser Gegensatz erscheint auf den ersten Anblick eigentlich absurd und unnatürlich. Denn die Verbandsangestellten gehen aus den Reihen der Mitglieder hervor und stehen auf ihren Posten durch das Gesamtvertrauen, das ihnen durch die Mitglieder direkt oder aber durch deren Vertreter auf den Verbandstagen entgegengebracht wird und das an ihrer zumeist einstimmig oder doch mit großer Majorität erfolgenden Wiederwahl seinen Ausdruck findet. Man sollte daher meinen, daß die Verbandsangestellten das Vertrauen der Mitglieder in vollem Maße besitzen. Leider aber ist dies dennoch in vielen Fällen nicht der Fall. Und hierüber einmal zu reden, erscheint notwendig.

Die Verbandsangestellten stehen, rund heraus gesagt, bei manchen Arbeitern in keinem besonders guten Ansehen. Die Ursache dieser grundlosen Antipathie ist zumeist der Ausdruck des Niedererschlags, der von der reaktionären Scharfmacherpresse ausgeht und stets darin gipfelt, daß die Verbandsangestellten durch ihre Anstellung nur eigene persönlich-egoistische Zwecke verfolgen. Die reaktionäre Presse schreibt in allen Tonarten hinaus in die Welt, daß sich die Arbeiterangestellten „von Arbeitergroschen mästen“ und daß ihnen das Wohlergehen der Verbandsmitglieder einfach Luft sei. Wäre dem nun wirklich so, dann könnten doch eigentlich die unternehmerlichen Scharfmacher recht zu frieden sein. Denn dann wäre unsere Gewerkschaftsbewegung sehr bald dem Untergange preisgegeben und müßte unweigerlich zugrunde gehen.

Das ist aber nicht der Fall. Die Gewerkschaftsbewegung wächst nämlich in erfreulichem Maße fort und fort. Also muß es doch wohl anders sein. Und der Wunsch der Scharfmacherpresse ist eben nur der Vater des Gedankens. Es heißt für sie, darauf los zu verleunden, um die Mitglieder und damit die moderne Gewerkschaftsbewegung, diesen größten Feind des unternehmerlichen Geldbeutels, insanken zu bringen. Deshalb heiligt ihr der Zweck das Mittel. Und sie fät mit voller Absicht und wider besseres Wissen Mißtrauen gegen die Führer der Arbeiterbewegung, um auf diese Weise die Bewegung selbst zu treffen und zu schädigen.

Es ist eigentlich merkwürdig, daß heutzutage noch so viele Arbeiter auf diese Leimruten des Unternehmertums hüpfen. Zum festen Stamm der überzeugten organisierten Arbeiterschaft gehören sie allerdings nicht. Denn jeder Arbeiter, der das Wesen der Gewerkschaftsbewegung voll in sich aufgenommen hat, der beobachtet auch recht aufmerksam das widerliche Gebaren unserer Gegner und weiß, wie er solche

verleumderischen Ausflüsse der reaktionären Presse zu bewerten hat. Er steht deshalb fest und sieht in seinen Verbandsangestellten die Leute seines Vertrauens. Sein Studium der Arbeiterbewegung und die damit erworbenen höheren Gesichtspunkte sagen ihm auch, daß die Führer trotz ihrer Anstellung nicht auf Kosten gebettet sind und daß ihr ganzes Leben nichts als Kampf, harter, aufreibender Kampf gegen das Unternehmertum und für die Interessen ihrer Genossen bedeutet.

Anders mancher Arbeiter, der, obwohl organisiert, aus Gleichgültigkeit oder andern Gründen heraus nicht in der Lage ist, das Wesen der Arbeiterbewegung voll zu erfassen, trotzdem sich aber in allen Dingen recht schlau dünkt. Bei solchen Leuten findet das von der Unternehmenseite ausgestreute Mißtrauen sehr oft reichlichen Nährboden. Es bleibt dann eben etwas hängen. Und das ist es, was dann des öfteren vor allem in Versammlungen und Wirtschaftsgesprächen in für die Verbandsangestellten kränkelnder Form an die Oberfläche treibt und geeignet ist, der Bewegung mitunter recht großen Schaden zuzufügen.

Nun nimmt ja der Verbandsangestellte in der Regel solche Erscheinungen nicht allzu traurig. Auch die vollüberzeugten Mitglieder tun das nicht. Solche unerquicklichen Dinge müssen eben vorläufig mit in Kauf genommen werden. Es handelt sich nur darum, dem Uebel in geeigneter Weise entgegenzuwirken, und da kommt in erster Linie in Betracht, daß die Quelle, die manche Arbeiter mit den systematischen Verleumdungen der Arbeiterführer verunruhigt, verstopft wird. Es gilt, immer mehr darauf hinzuwirken, die unternehmerliche Verleumderpresse aus den Arbeiterwohnungen zu verdrängen und durch die ehrliche und grade Arbeiterpresse zu ersetzen. Und in dieser Hinsicht geht der Entwicklungsprozeß seinen Gang. Die reaktionäre Presse, die sich auch zuweilen „unparteiisch“ nennt, verjähndet immer mehr aus den Arbeiterwohnungen. Und mit ihrem Verschwinden ist der Einzug der Arbeiterpresse verbunden, und mit deren Studium eröffnet sich dem Arbeiter eine ganze Welt neuer Anschauungen.

Die Arbeiterpresse deckt die Gegensätze zwischen arm und reich, zwischen Arbeit und Kapital in rückhaltloser Weise auf. Sie zeigt dem Arbeiter auch die schmutzigen und giftigen Waffen seiner Gegner und lehrt ihn, die Waffe seiner Organisation zu gebrauchen im eigenen Interesse. Der Arbeiter, der bisher mehr oder weniger Mißläufer war, wird nach und nach ein vollüberzeugtes Mitglied seiner Organisation. Er lernt seine Führer schätzen. Sein Wissen hebt sich, seine Weltanschauung wird geläutert und klar. Und so wächst die Schaar der vollüberzeugten Anhänger der modernen Arbeiterbewegung mehr und mehr.

Damit wächst aber auch das gegenseitige Verständnis zwischen Mitgliedern und Angestellten in allen strittigen Fragen, die notwendigen Diskussionen wideln sich in verständiger Weise ab, die Organisationen entwickeln sich in imposanter Art, so daß jeder Arbeiterfreund daran seine helle Freude haben muß. Und mit dieser Entwicklung steigen Macht und Ansehen der Organisation, sie wird immer mehr zum ausschlaggebenden Faktor bei der Festsetzung der Lohn- und Arbeitsbedingungen.

Das Gift also, das die unternehmerliche Scharfmacherpresse in hinterlistiger Weise in die Reihen der Arbeiter zu spritzen bemüht ist, um eine Kluft des Mißtrauens zwischen Arbeiter und Führer zu schaffen, wird im allgemeinen keine tiefeinschneidende Wirkung haben und durch das genannte Gegenmittel leicht unwirksam gemacht werden können. Mögen die Arbeiter nun insgesamt nach dem Ausspruch des alten Liebknecht handeln, der da sagte:

„Die Millionen Abonnenten und Leser der feindlichen Presse sind größtenteils Glieder des arbeitenden Volkes, und gerade sie sind es, die dieser zu ihrer Knechtung bestimmten Presse die ungeheure Macht verleihen, über die sie verfügt. Der Arbeiter, der statt eines Arbeiterblattes ein Organ der Arbeiterfeinde hält, begeht einen geistigen Selbstmord, ein Verbrechen an seinen Brüdern, einen Verrat an seiner Klasse. Die Presse ist heute das wirksamste Mittel der Knechtung. Vermächtnis wir uns dieses Hebels, und die Presse wird das wirksamste Mittel der Befreiung sein.“

Mit diesem Ausspruch hat der alte Liebknecht ins Schwarze getroffen. Und wenn die Arbeiterklasse, was ja auch ganz selbstverständlich sein muß, nur die Arbeiterpresse liebt, dann wird auch damit der wirksamste Schritt zu ihrer Befreiung getan sein. Und manche unliebsamen Dinge, die heute noch der Arbeiterbewegung anhaften, werden dann als schwarzes Blatt nur noch der Vergangenheit angehören.

Wir beleuchteten also bis jetzt kurz die Ursachen mancher unerquicklichen Gegensätze zwischen den Arbeitern und deren Angestellten. Sie gipfeln darin, daß ein solches schädigendes Verhältnis seine Erklärung darin findet, daß manche Arbeiter noch nicht genügend gewerkschaftlich und politisch geschult und den bösen Einflüsterungen unserer Gegner immer noch in gewisser Hinsicht zugänglich sind. Das Mittel, den genannten unerquicklichen Gegensatz zu beseitigen, ist darin gegeben, daß das Wissen des Arbeiters durch das eifrige Studium der modernen Arbeiterliteratur allgemein gehoben wird.

Wenn wir nun noch einen weiteren oft unterlaufenden Gegensatz zwischen den Arbeitern und deren Führern einer Besprechung unterziehen, so deshalb, weil dieser wichtiger als der erstgenannte und oft auch von einschneidender und sogar verhängnisvoller Wirkung sein kann.

Wir meinen damit den Gegensatz, der heute noch oftmals zwischen Mitgliedern und Führern unterläuft bei der Beurteilung der Erfolgsmöglichkeiten bei in Angriff zu nehmenden Lohnbewegungen und Streiks. Hier ist oftmals zu beobachten, daß der Führer in einem Gegensatz zur Mitgliedschaft gerät. Die Gründe sind nahe liegend. Die Mitgliedschaft hat eine Lohnbewegung inszeniert, sie ist eifrig dafür eingenommen, ihre Lage zu verbessern. In diesen sie vollaus beherrschenden Gedanken achtet sie der Hindernisse, die dem guten Erfolg entgegenstehen, gar nicht oder gering. Sie will ihr Ziel um jeden Preis erreichen und malt sich deshalb die wirtschaftliche Situation rasiger aus als sie in Wirklichkeit ist. Der Verbandsangestellte prüft hingegen die Lage und findet bei näherer Betrachtung, daß die Organisation am Orte oder Betriebe keine festgefügte und noch lidenhafte ist. Er findet weiter die Konjunktur nicht besonders gut und nun mahnt er zur Vorsicht. Denn er weiß, was eine eventuelle Niederlage zu bedeuten hat.

Das ist nun aber gar nicht nach dem Wunsche der Dränger und Draufgeher, und er gerät deshalb bald in einen hitzigen Disput mit seinen Meinungsgegnern. In der Regel wird allerdings seine Meinung, gestützt auf wichtige Argumente und Tatsachen, sich durchsetzen. Wir haben aber auch schon oft erlebt, daß die Arbeiter die von Sachkenntnis gestützten und gutgemeinten Ratschläge ihrer Führer achtlos beiseite warfen und einen Kampf inszenierten, der dann verloren ging und ihnen großen Schaden brachte. Dann kam die Einsicht, allerdings zu spät . . .

Solche Meinungsdivergenzen haben den Führern in der Gewerkschaftsbewegung schon manche wenig schmeichelhafte Titulatur eingetragen. Die Bezeichnung „Bremser“ ist noch eine der glimpflichsten. Aber oftmals hieß es schon auch, daß die Führer deshalb von einer Bewegung abraten, weil sie selbst ja „fett“ seien. Sie hätten „die Fühlung mit der Masse verloren“ und wüßten nicht mehr, wie einem armen Handarbeiter zumute sei. Solche bitteren und unmotivierten Vorwürfe müssen allerdings schmerzen. Und es ist schon des öfteren vorgekommen, daß manche Angestellte dieserhalb die Mütze ins Korn warfen und, solcher Anwürfe überdrüssig, sich lieber wieder in Reih und Glied stellten . . .

Und doch hatte ein solcher Führer mit seiner abweichenden Stellungnahme nur das Gute seiner Genossen im Auge. Es wird ihm ja selbst stets schwerfallen, der Masse gegenüber eine dieser nicht genehme Ansicht zu vertreten. Er hätte es ja persönlich viel leichter, wenn er nur die Masse einfach recht geben würde. Sie würde ihm ja alsdann zjubeln. Aber er darf das nicht, wenn er noch Pflichtgefühl im Leibe hat. Er muß die Fährnisse zeigen und, falls die Situation nicht günstig, von der Bewegung abraten. Andererseits wird er auch, falls die Vorbedingungen zur glücklichen Durchführung einer Be-

**Die Entwicklung des Arbeiterbibliothekwesens.**

Die Einsicht in die Bedeutung guter Bibliotheken für die Arbeiterklasse und ihren Befreiungskampf hat in den letzten Jahren eine erfreuliche Entwicklung unseres Bibliothekwesens zur Folge gehabt. Wie die alljährliche Statistik der Generalkommission der Gewerkschaften über die Einrichtungen der Gewerkschaftskartelle ausweist, hatten im Jahre 1908 387 Kartelle 155 Bibliotheken im Betrieb. Im Jahre 1908 dagegen besaßen 608 Kartelle bereits 430 Bibliotheken und 70 Lesehallen. Nach einer sich auf 308 Orte erstreckenden Statistik des „Bibliothekar“ (Anfang September 1909) waren in 242 Orten Zentralbibliotheken vorhanden, während die Büchereien der übrigen 64 Orte nicht zentralisiert waren. Die 308 Orte weisen 317 438 Bücher auf, die im Jahre 1908 609 552 mal ausgeliehen wurden. Einen vollständigen Überblick über den Umfang des Bibliothekwesens unserer sozialistischen Organisationen geben diese Zahlen keineswegs; denn die Zahl der im Besitz unserer Organisationsbibliotheken befindlichen Bücher dürfte um ein Beträchtliches größer sein.\*

Die Zahl der Ausleihungen — über die wir leider vergleichsfähiges statistisches Material nicht besitzen — ist ständig im Steigen begriffen, weist auf ein wachsendes Lesebedürfnis hin und stellt eine erfreuliche Rechtfertigung des Arbeiterbibliothekwesens dar. Wenn dieses eine so glänzende Entwicklung genommen hat, so liegt das hauptsächlich daran, daß die früher manchmal auftauchende Meinung, als sollten die Bibliotheken lediglich Archive unserer Partei- und Gewerkschaftsliteratur sein und der

Leser im übrigen auf die öffentlichen Volksbibliotheken verwiesen werden, verworfen wurde. Nur dadurch, daß man unsere Bibliotheken so anlegte, als existierten andere Bibliotheken nicht, daß alle Wissens- und Literaturgebiete in ihnen berücksichtigt wurden — nur dadurch setzten sie sich in unserer Bewegung durch und errangen die Anerkennung der Genossen, die diese wiederum zu tatkräftiger Förderung des Bibliothekwesens begeisterten.

Aus bescheidenen Anfängen heraus sind die meisten unserer Bibliotheken erwachsen. Wenn früher eine Zahlstelle oder ein Ortsverein sich eine Bibliothek zulegen wollte, so machte er dies in der Presse bekannt unter dem Hinweis, daß ihm andere Bibliotheken Duplikate usw. überlassen möchten und Gesinnungsgenossen um geeignete Büchergeschenke ersucht wurden. Daß auf diese Weise keine müßtergültige Bücherei zusammenkommen konnte, liegt auf der Hand. Erst nachdem eine gewisse Festigung in den Arbeiterkoalitionen eingetreten, der Streit über Organisationsform, Tarifverträge und andere Fragen zu einer einheitlichen Auffassung geführt, und nachdem vor allem auch die Notwendigkeit eines organisierten Bildungswesens anerkannt wurde, fand das Bibliothekwesen die ihm gebührende Anerkennung und den erforderlichen Ausbau. Und je mehr an die Stelle reiner Berufsorganisationen die Industriearbeiterorganisation trat, wuchs auch das Verständnis für große zentralisierte Bibliotheken. Der früher fast allorts herrschenden Kräftezerpflitterung hat man immer mehr ein Ende gemacht. Wenn diese hoch erfreuliche Entwicklung nicht gestört wird, dann darf man hoffen, daß wir bald in allen größeren Orten und industriellen Bezirken nicht nur angestellte Partei-, Gewerkschafts- und Arbeitersekretäre, sondern auch besoldete Bibliothekare haben werden. Machen doch die Gegner heute alle möglichen Anstrengungen, um die Arbeiter der Organisation fernzuhalten. Auch sie gründen Bibliotheken, aber solche, aus denen unsere Literatur geflüchtig ferngehalten wird. Selbst die Unternehmener bedienen sich mancherorts dieses Mittels, natürlich nicht, um die Arbeiter aufzuklären, sondern um sie durch bürgerliche Literatur nach ihren Interessen zu erziehen.

Von wenigen rühmlichen Ausnahmen kann abgesehen werden. Es ist deshalb ein berechtetes Zeugnis für das Klassenbewußtsein unserer organisierten Arbeiter, daß sich der glänzende Aufschwung des Arbeiterbibliothekwesens in derselben Zeit vollzogen hat, in welcher das öffentliche Bibliothekwesen der Städte und gemeinnützigen Vereine usw. besonders gepflegt worden ist.

Auch die Angliederung besonderer Kinderbibliotheken ist eine erfreuliche Erscheinung. Auf der Jugend beruht die Zukunft unserer mächtvollen Bewegung. Sie an eine gesunde literarische Kost gewöhnen, heißt sie für unsere Ideen und Ideale empfänglicher machen. Die Bourgeoisie aber sucht sie zu vergiften. Mit öder patriotischer „Literatur“ und geistverwirrendem literarischem Schund hat großkapitalistische Geschäftigkeit und Profitgier den Büchermarkt überhandnehmen lassen. Jammernd und klagend sehen die bürgerlichen „Volksfreunde“ die von ihren Klassengenossen verursachten Erziehungsresultate; aber ohnmächtig stehen sie ihnen gegenüber und begnügen sich zur Abwehr mit den gewohnten Halbheiten. Die organisierte Arbeiterklasse allein hat es in der Hand, der Schundliteraturwut wirksam entgegenzutreten. Daß sie diese ihre Aufgabe begriffen hat und ihr Same auf fruchtbaren Boden fällt, zeigen die stetig anwachsenden Benutzungsziffern dieser neuesten Einrichtung.

Welche Bedeutung ferner den Lesehallen zukommt, in denen Zeitungen aller Art, Zeitschriften und Nachschlagewerke den Arbeitern zugänglich gemacht werden, brauchen wir nicht weiter auszuführen. In Zeiten großer Arbeitslosigkeit, bei Streiks und Aussperrungen werden ihre Vorteile besonders sinnfällig in Erscheinung treten. Auch sie erfreuen sich immer größerer Beachtung, wie die eingangs zitierte Statistik der Generalkommission erweist.

Wir sehen also auf allen Gebieten des Arbeiterbibliothekwesens eine fortschreitende Vervollkommnung. Möge sie auch in der Zukunft anhalten — zum Besten der Arbeiterklasse. Denn noch immer gilt das alte Wort: **Wissen ist Macht!**

\* Eine Anfang Juni 1910 vom „Bibliothekar“ veröffentlichte Statistik ergab folgendes Resultat: Von den 647 Orten in Deutschland, in denen Gewerkschaftskartelle bestehen, haben 476 die ausgegebenen Fragebogen beantwortet. Danach sind in 476 Orten Bibliotheken vorhanden, die einen Gesamtbücherbestand von 375 805 Bänden haben. Im Jahre 1908 wurden 751 641 Entlehnungen erzielt.

wegung ausreichend günstig erscheinen, mit beiden Händen zugreifen und seine Genossen auch zum Siege führen...

Woraus resultiert nun dieser oftmals unterlaufende Gegenatz zwischen Mitglied und Führer? Die Antwort hierauf ist bald gegeben.

Der Arbeiter, der an die Treitmühle des Kapitalismus gefettet ist, hat von früh bis spät schwer zu arbeiten. Er ist deshalb weniger der Mann der Theorie. Es entgeht ihm so manches, das für die glückliche Durchführung einer Bewegung unerlässlich ist.

Der Angestellte der Gewerkschaft befindet sich in einer ganz andern Situation. Durch seine sich immer wiederholende Tätigkeit für die Gewerkschaft verfügt er in solchen Dingen bald über eine gewisse Routine und Erfahrung.

So hat der Führer eine Reihe von Voraussetzungen zu beachten, die dem engagierten und verantwortungsloseren Draufgänger zumeist vollkommen unbeachtlich erscheinen.

Was soll nun der Zweck dieser Zeilen sein? Daß alle Mitglieder die ihnen des öfteren nicht voll zugewandene Haltung ihrer Führer verstehen lernen und ihnen vor allem Vertrauen entgegenbringen sollen.

Die Führer sollen nicht etwa sklavisch den Wünschen der Masse folgen, sondern sie sollen nicht allein die speziellen Zustände in dem betreffenden Gewerbe, sondern auch die allgemeinen Verhältnisse studieren und prüfen.

Trotz dieser eindringlichen und warnenden Worte des greisen Bebel und trotz alles Abmahns ihrer Führer traten damals die Berliner Bauarbeiter dennoch in den Kampf.

Darum habt Vertrauen zu euren Führern! Schenkt ihrem Rat volle Beachtung! Ihr beharrt euch vor mancher bitteren Enttäuschung und eure Organisation vor mancher Niederlage!

Bäckerknecht — Bäckergefelle.

Um vorläufig einen Augenblick bei dem Namen zu verweilen, so bemerken wir, daß bei unserm Handwerk der Ausdruck „Gefelle“ ehemals nicht gebräuchlich war und allgemein durch ganz Deutschland die Bezeichnung „Knecht“ galt.

jagen und auf den Schieber schlugen. „Becken-Scheider“ wurden jene Gefellen genannt, die vorzugsweise von den Meistern für die Mühlengefälle bestimmt waren und die Auscheidung der verschiedenen Mehlgattungen zu besorgen hatten.

Die Bezeichnung „Altgefelle“ und „Ortenjünger“ stand in keiner direkten Beziehung zum Handwerk selbst, sondern zu der Verbindung der Gefellen unter sich selber, von der noch kurz die Rede sein wird.

Die Hauptaufgabe des Gefellenstandes überhaupt war die Wanderschaft, obzwar sie nur Mittel zum Zweck war. Auf einer drei- bis fünfjährigen Wanderschaft sollte der junge, noch einseitig gebildete Bäckerknecht nicht nur Land und Leute kennen lernen, gewohnt werden, sich ehrenvoll in die Lagen zu schiden, wie sie Zeit und Verhältnisse mit sich bringen.

Hog ein Junggefelle oder Jungknecht aus, um auf die Wanderschaft zu gehen, so begleiteten ihn die übrigen am Orte arbeitenden Knechte bis in den nächsten Ort, wo noch ein Abschiedsbrunnen genommen wurde.

Dem auf die Wanderschaft gehenden Bruder wurde sodann ein Gruß an das Handwerk der nächsten Stadt aufgetragen, der gemeinlich lautete: „Grüße mir Meister und Knechte, soweit das Handwerk redlich ist.“

Wenn es Abend werden wollte, so mußte der, welcher zuletzt eingewandert war, zu rechter Zeit um das Bruderbett bitten. Kannte er die Stunde nicht genau, so mußte er die andern fragen: „Mit Günst, Ihr Brüder, um wieviel Uhr wird hier ums Bruderbett gebeten?“

Wenn man einen sauberen Brudertisch halten wollte, mußte man den Herrn Vater also darum ansprechen: „Mit Günst, ich will den Herrn Vater gebeten haben, er wolle mir und meinen Mitkonforten vergönnen, in dem frommen Bruderbett zu schlafen, wir wollen uns verhalten, wie es frommen Bäckerknechten gebührt und wohl ansteht.“

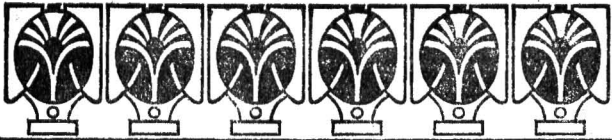
Wenn man einen sauberen Brudertisch halten wollte, mußte man den Herrn Vater also darum ansprechen: „Mit Günst, ich will den Herrn Vater gebeten haben, er wolle mir und meinen Mitkonforten vergönnen, einen sauberen Brudertisch zu halten, wir wollen uns verhalten usw.“

und alt, Ihr werdet Euch ziemlich zu erinnern wissen, daß wir den Herrn Vater angesprochen haben, einen frommen Brudertisch zu halten. Dieweil uns der Herr Vater einen solchen vergönnen und zugelassen hat, das Wöfe zu strafen, das Gute fortzupflanzen, also will ich die Umfrage tun: Mit Günst zum erstenmal, ist ein guter Bruder da, der wider mich oder einen andern Bruder etwas zu klagen oder zu gedenken weiß, der trete vor den frommen Brudertisch, bringe sein Wort ordentlich weise und mit Bescheidenheit vor, es solle ihm verholten werden, wie mir oder einem andern Bruder ist geholfen worden!

Bei dieser Gelegenheit wollen wir eines Schreibens des Königs Friedrich von Preußen gedenken, mit welchem er am 12. Februar 1703 seinen Reichstagsgesandten in Regensburg instruierte. In demselben werden die oben gedachten Worte des Handwerksgrüßes und noch anderes angeführt, in denen der Name Gottes genannt wird; darauf heißt es weiter: „Wie nun solches ein großer Mißbrauch und Entheiligung des Namens Gottes ist, welcher auch in den allwichtigsten Sachen nicht anders als mit Furcht und Ehrbarkeit gebraucht werden soll; da man hingegen bei solchen Zusammenkünften bald nach jetzt erwähnten Formalien zu dem Saufen schreitet; also sind wir Willens, selbige in unserm Lande abzuschaffen, zumahlen da viel christliche Uergen dadurch skandalirt und gegergt werden.“

Diese lebendige Schilderung aus dem Leben der Kollegen im Bäckerberufe am Ende des Mittelalters finden unsere Mitglieder im fünften Teil des ersten Bandes der „Geschichte der Deutschen Bäcker- und Konditorenbewegung“ von Oskar Ullmann. Der Abschnitt behandelt: „Das Gefellenleben von der Bildung der Zünfte bis in die neuere Zeit“.

Trinkende Arbeiter denken nicht — Denkende Arbeiter trinken nicht!



# Verbandsnachrichten.

## Bekanntmachung des Verbandsvorstandes.

Den Bewerbern um den in Nummer 46 d. Bl. aus- geschriebenen Posten eines Beitragskassierers für Dresden besten Dank. Mit dem Posten wurde der Kollege Paul Lenk in Magdeburg betraut, der das Amt am 1. Januar 1911 antreten wird.

Wir ersuchen die Zahlstellenleitungen, daß, wie in den Vorjahren, überall die nötigen Vorbereitungen getroffen werden, um in den Jahresversammlungen im Januar überall tüchtige und bewährte Kollegen mit den Vorstandskämtern zu betrauen.

Wo bisherige bewährte Vorstandsmitglieder bereit sind, ihre Ämter weiter zu behalten, ersordert die immer größer werdende Kompliziertheit aller Verbandsgeschäfte die Wiederwahl dieser Kollegen, während dort, wo einzelne Kollegen ihre Ämter im Vorstand niederlegen wollen, die in jeder Beziehung zuverlässigsten und befähigsten Kollegen mit diesen Ämtern zu betrauen sind.

Die Neuwahlen müssen überall statutengemäß in den Jahresversammlungen im Januar stattfinden.

### Der Verbandsvorstand.

J. A.: O. Allmann, Vorsitzender.

### Quittung.

Vom 28. November bis 8. Dezember gingen bei der Hauptkasse des Verbandes folgende Beträge ein:

Für Oktober: Brandenburg M. 97,40, Saarbrücken 91,70.

Für November: Karlsruhe M. 171,30, Sonneberg 38,40, Cöln 388,60, Viefelfeld 283,80, Lüneburg 56,10, Hannover 478,40, Straßburg 83,80, Bochum 73, Wiberach 18,20, Berlin 7148, Dresden 2710, Meuselwitz 65,25, Eisenach 54,30, Regensburg 264,40, Würzburg 140,90, Landshut 449, Solingen 112,90, Hamburg 4172,20.

Von Einzelsahlern der Hauptkasse: R. B.-Münster M. 12,90, R. G.-Lüdersdorf 6,75, P. W.-Nordhausen 4,80, E. St.-Grabow 41,60, E. M.-Witterfeld 3, P. Sch.-Zwickau 20, R. W.-Zeben 4,50, P. Sch.-Torgau 5, W. R.-Gann.-Münden 3, J. N.-Donndorf 5, E. Sch.-Dahme 2.

Für „Geschichte der Bäcker- und Konditorbewegung“: Sonneberg M. 6, Cöln 6, Lüneburg 6, Hannover 8, Eisenach 4, Landshut 6, St.-Grabow 6.

Der Hauptkassierer. D. Freitag.

### Aus den Bezirken.

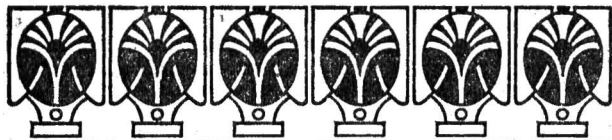
**Gotha.** Wer die Adresse des Kollegen Richard Kaiser, zuletzt in Gotha, kennt, wird gebeten, dieselbe an Frau Haberhorn, Gotha, Geyerstr. 6, einzusenden.

### Sterbetafel.

**Osnabrück.** Friedrich Schlingmann, gestorben am 27. November.

Ehre seinem Andenken!

Heute ist der 50. Wochenbeitrag (11. bis 17. Dezember) fällig.



### Korrespondenzen.

(Berichte von Versammlungen finden nur Aufnahme, wenn sie von allgemeinem Interesse sind. Alle zur Veröffentlichung bestimmten Einwendungen müssen mit dem Zahlstellenstempel versehen und vom Vorsitzenden gegen- gezeichnet sein.)

### Bäcker.

**Berlin.** (Die neueste gelbe Blamage) In Berlin hatte man schon seit einigen Monaten kaum etwas von den Gelben gehört, und man fing bereits an, die ganze gelbe Pest zu vergessen. Seit etwa 14 Tagen macht jedoch der große General mit seinen Leimruten die krampfhaftesten Anstrengungen, sich und seinen gelben Landsturm wiederum bemerkbar zu machen.

Die Gesellenauswahl der „Germania Bäckerinnung“ stand vor der Tür. Das ist von den Dunkel- männern seit ihrem Bestehen als die beste Gelegenheit be- trachtet worden, von sich reden zu machen. Weiß doch die gelbe Gesellschaft nur zu genau, daß dies auch für ihre Schutzpatrone, die Bäckerinnung, eine der schönsten Gelegen- heiten ist, ihrem Landsturm tatkräftig unter die Arme zu greifen und der Öffentlichkeit eine Anzahl Gelber vor- zulegen. Und man muß es sowohl den gelben Gewerben als auch ihren Vätern und Söhnen lassen: Am guten Willen hat es ihnen nicht gefehlt! Daß sie dabei so dumm-tölpel- haft vorgingen und gerade dadurch noch mehr die Berliner Bäcker- gesellen gegen sich erbitterten, dafür können sie nicht

verantwortlich gemacht werden; denn sie können ja nichts dafür, daß sie eben so beschaffen sind.

In welcher dummer, verlogener Art die gelbe Reklame- trommel geschwungen wurde, davon nur einige Beispiele:

Unter der Überschrift: „Spione im Bunde“, tischen die Leimruten folgendes Märchen auf: „Es sei gerichtlich bewiesen, daß im Falle des Bäckermeisters Lude der Verbandsgefelle Lodya einen Zigarrenstummel absichtlich ins Mehl warf, um ihn dann ins Verbandsbureau zu bringen.“ Diese freche Lüge reiht sich würdig dem ganzen Verleumdungsfeldzug der Gelben an. Wahr ist an dieser Sache nur, daß Lodya vor Gericht unter seinem Eid erklärte, den Zigarren- stummel im Mehl gefunden zu haben, und da in der Bäckerei Lude der einzige war, der Zigarren rauchte, könne der Stummel auch nur von diesem stammen.

Bei der Verlogenheit dieser Gesellschaft brauchte man sich wirklich nicht zu wundern, wenn sie auch mit der Behauptung herausrückten, daß nicht Lude ins Pfann- fuchenfett spuckte, sondern daß dies auch ein roter Verbandsgefelle war, der nur in dem Augenblick des Hinein- spuckens Ludes Gestalt angenommen hat.

Aber einen echten Lebius-Streich leisteten sich die Leim- ruten, indem sie den Widerwillen der Gelben gegen das Bezahlen der Bundesbeiträge darauf zurückführten, daß Ver- bandsmitglieder in gelben Versammlungen das große Wort führten.

Wir haben keine Veranlassung, uns mit solchen hand- greiflichen plumphen Lügen auseinanderzusetzen und können die gelben Generale getroßt ihrem holden Wahn überlassen, daß diese Art der Taktik sie der Vergessenheit entreißen könnte.

Das tollste leistete sich aber Wischnöski in seinen Flug- blättern an gelber Reklame. Allen Ernstes erklärte er es

**Wird dein Nebenkollege vielleicht nach der Saison arbeitslos? — Dann ermahne ihn, sein Verbandsbuch unter allen Umständen auf dem laufenden zu erhalten, damit er nicht seine schwer erworbenen Rechte im Verbandsverbande verliert. Belehre ihn, wie er sich während der Arbeitslosigkeit, bei Aufnahme anderer Arbeit usw. gegenüber der Organisation zu verhalten hat.**

für einen Verrat, daß die Bäcker- gesellen einen Ruhetag fordern, und er rief die Berliner Bäcker- gesellen auf, bei der Gesellenauswahl keine Verräter zu wählen.

Dieser Aufforderung sind nun die Berliner Bäcker- gesellen am 2. Dezember gründlich nach- gekommen.

Trotz des infamen Wahlmodus bei den Berliner Bäcker- innungen, der der Schiebung Tür und Tor offen läßt, erhielt die Liste des Verbandes von 793 abgegebenen Stimmen 692, das sind 87,26 pZt. der abgegebenen gültigen Stimmen, während die gelbe Liste nur 170 Stimmen, das sind 21,74 pZt. erhielt. 11 Stimmen waren ungültig. Im Vorjahre erhielt die Liste des Verbandes 512 Stimmen, die der Gelben 167. Vor zwei Jahren erhielten wir 557, die Gelben 242 Stimmen.

Gegen das Vorjahr haben sich die für den Verband ab- gegebenen Stimmen um rund 100 vermehrt, während die Gelben ganze drei Stimmen mehr aufbrachten. Aus welchen Kreisen die 170 gelben Stimmen genommen wurden, geht schon daraus hervor, daß es gelang, einige Fälle festzustellen, daß man jungen Leuten Legitimationskarten zuschob, die diese selbst mit der Unterschrift von Bäcker- meistern versehen, von denen sie die Wohnung nicht einmal an- geben konnten.

Der Jubel unserer Kollegen über diesen schönen Erfolg war groß. Laute Bravorufe, Hochrufe auf den Verband und die Berliner Bäcker- gesellen durchhallten lange Zeit den Saal. Vom Innungshaus zog man in ein anderes nahe gelegenes Lokal, wo Hefhsold in einer kurzen Ansprache den Sieg des Verbandes feierte.

Die Gesellenauswahl stand diesmal besonders im Zeichen der Ruhetagsbewegung. Immer wieder ertönten im Wahllokal die Hochrufe auf den Ruhetag. Von einem Kollegen wurde ein großes Plakat herumgetragen mit der Aufschrift:

„Sechs Tage wollen wir arbeiten, den siebten wollen wir ruhen.“

In einem geschlossenen Zug zogen zirka 800 Gesellen, das Plakat voran, durch den Saal am Innungsvorstands- tisch vorüber. Das war eine spontan einsetzende gewaltige Demonstration für den Ruhetag und es mag der Innung und ihrem gelben Landsturm wohl aufgedämmert sein, daß sie vergebliche Anstrengungen machen und sich durch ihre Machinationen der Ruhetag nicht mehr abwenden läßt. Wischnöski aber mag sich trösten. Die Berliner Bäcker- gesellen haben seine Aufforderung wörtlich befolgt. Sie haben keine Verräter gewählt und werden auch in Zu- kunft keine Verräter wieder wählen.

**Dresden.** (Generalbericht vom Monat No- vember 1910.) Durch die kolossalen Ueberstunden in den Fabriken bedingt, mußten die Versammlungen stark ein- geschränkt werden. Trotz alledem kann aber von einem guten Besuch der Mitgliederversammlungen berichtet werden. Genosse Dübell-Dresden referierte in der Sektion der Bäcker (3. November) sowohl als auch in der Sektion der Konditoren und Fabrikbranche (8. November) über: „Die Volksschule wie sie ist und wie sie sein soll!“ In der Debatte wurde insbesondere auf die Fortbildungsschul- verhältnisse der Bäckerlehrlinge hingewiesen und die Not- wendigkeit der Einführung des obligatorischen Fort-

bildungsschulunterrichts für die jugendlichen weiblichen Personen betont. Den Versuchen, den Fortbildungsschul- unterricht mit Religion zu belasten, müsse ganz entschieden entgegengetreten werden.

Sonstige, allgemein interessierende Sachen kamen in beiden Versammlungen nicht zur Sprache. In der am 13. November in Neugersdorf abgehaltenen Bäcker- versam- lung, in welcher Kollege Reymann referierte, waren das erste Mal auch Kollegen von Rumburg (Böhmen) er- schienen. Dem Wunsche, die österreichische Zentrale zu benachrichtigen, daß auch in den Kreisen der Rumburger Kollegen das Bedürfnis nach einer Organisation vorhanden ist und daß diese den Versuch der Gründung einer Orts- gruppe machen soll, wird Erfüllung seitens der Dresdner Bezirksleitung zugesagt. Die interne Versammlung der Bäcker im Pl. Grunde am 29. November befaßte sich mit tariflichen Angelegenheiten, vor allem, um unlaute- ren Elementen das Handwerk zu legen, die selbst die Hand zu Tarifbrüchen bieten. Es wurde kein Zweifel darüber ge- lassen, daß in Wiederholungsfällen gegen derartige Kollegen auf Grund des § 11 Abs. 5 des Statuts vorgegangen wer- den wird. Das gebietet schon die Selbstachtung und der Selbsterhaltungstrieb. Für Leute, die wissentlich die Interessen ihrer Kollegen mit Füßen treten, kann kein Platz in unserer Organisation sein. Betriebsversamm- lungen fanden fünf statt, davon drei in der Fabrikbranche und zwei für Bäckerei-Großbetriebe.

**Hannover-Linden.** Bei den am 28. November in Linden stattgefundenen Wahlen zum Vorstand der Bäcker- Innungstrankenfasse wurde die Liste unserer Organisation glatt gewählt. Die beste Antwort auf die Vorkommnisse bei der Gesellenauswahl!

**Wiesbaden.** (Sieg bei der Gesellenaus- schuhwahl.) Im Juli fanden bekanntlich hier die Wahlen zum Gesellenausfuß statt und siegte unsere Kandidatenliste mit 48 gegen 39 Stimmen der von den Meistern protegierten Gegenliste. Dieser Sieg muß den Machern der Innung und Gelben den Schlaf geraubt haben; denn sie jannten nach, ob kein Grund zum Protest vorliegt. In der Bekanntmachung der Wahl war die Zeit nicht angegeben; wir erkundigten uns damals nach derselben und erfuhren, daß die Wahl um 2 Uhr stattfinden werde. Wir erklärten, daß dieshalb unferseits kein Protest erhoben werde, weil wir unsere Wähler ja doch benachrichtigen würden, die Gegenpartei hatte auch bereits am Morgen desselben Tages, wo die Be- kanntmachung offiziell erfolgte, ihre vermeintlichen Wähler benachrichtigt. Es wird also keinen Bäcker- gesellen in Wies- baden gegeben haben, der von der Wahl und Zeit nicht unterrichtet war. Nachdem aber wir gesiegt hatten, wurde die fehlende Zeitangabe an den Saaren herbeigezogen, gegen die Wahl Protest einzulegen, und wiewohl wir die maß- gebenden Behörden von der Sache unterrichteten, wurde ihm stattgegeben. Anfang September wurde dann bereits be- kannt, daß die Wahl für ungültig erklärt worden sei; aber erst jetzt, nach zirka zwölf Wochen, hat man die Neuwahl vor- genommen. Man mußte sich doch inzwischen darauf ein- richten, eine gelbe Mehrheit zusammenzubringen. Aber die löbliche Abicht gelang nicht, obgleich von den Kollegen, die jedenfalls bei der ersten Wahl für uns stimmten, inzwischen 15 ihr Wahlrecht verloren hatten, dagegen von den Gelben nur zwei! Diese Zahlen beweisen wohl, daß durch den Arbeitsnachweis gelbe Wähler in Arbeit kamen, unsere Mitglieder dagegen ausgesperrt wurden. Trotzdem siegten wir mit zwei Stimmen Mehrheit und nur der von uns gestellte Ersatzmann unterlag mit zwei Stimmen. Wir hatten auch inzwischen an den Innungsvorstand, zu Händen des Herrn Obermeisters Sattler, ein Schreiben gefandt, in dem wir fragten:

1. Ist Ihnen bekannt, daß Herr Sander (eine scharf- macherische Innungsgröße. Die Red.) wiederholt versucht hat, auf Bäckermeister dahingehend einzu- wirken, daß diese vermeintlich bei Ihnen in Arbeit stehenden Mitglieder unseres Verbandes entlassen sollen?
2. Was gedenken Sie zu tun, daß in Zukunft derartige gegen den § 153 der Gewerbeordnung und im übrigen auch allem menschlichen Empfinden Hohn sprechenden Manipulationen unterbleiben?
3. Hat Herr Sander etwa im Auftrage der Bäcker- innung gehandelt?
4. Ist Ihnen bekannt, daß Herr Sprechmeister Best zu Bäckermeistern gegangen ist, um anzufragen, ob Sie Gehilfen benötigen, und dadurch diese zum Wechsel der Gehilfen animiert hat?
5. Was gedenken Sie hier zu tun, um auch diese geradezu probozierenden Vorkommnisse für immer zu beseitigen?

Wir erwarten, daß Ihrerseits alles getan wird, um derartige Dinge in Zukunft unmöglich zu machen und sehen Ihrer Antwort auf obige Fragen entgegen.

Natürlich erhielten wir nur eine nichtsagende Aus- rede als Antwort, die jedoch immerhin zeigt, daß man sich dort nicht ganz unschuldig fühlt. Auch jetzt schwirren schon wieder Gerüchte von neuen Protesten in der Luft. Die Zukunft wird es ja lehren, ob dem so ist. Aber das eine wollen wir heute schon bemerken, daß in diesem Falle voraussichtlich die Arbeiterschaft diese Frage dann zu der ihrigen macht, und dann ein Kampf ent- brennen könnte, der manchem die Lust zu Protesten und Maßregelungen vertreiben dürfte. Für die Kollegen von Wiesbaden erwächst aber aus diesen Kämpfen die Pflicht, alles daran zu setzen, um Aufklärung über die Bestrebungen der Organisation zu schaffen; denn man kann es nur als Dummheit betrachten, wenn man sieht, wie verheiratete Kollegen sich ins Schlepptau der Gelben nehmen lassen. Diese Kollegen scheinen noch nicht einen Augenblick darüber nachgedacht zu haben, daß sie ihre Existenz nur dem Ver- bande zu verdanken haben; ohne diesen würden die meisten derselben heute in unserm Beruf ihr Brot nicht mehr haben. Wir zählten bei einer Zusammenstellung im Anfang Oktober in den Bäckereien 249 Gehilfen, davon waren 62 verheiratet. Inzwischen ist diese Zahl schon wieder um einige gestiegen. Daß hier noch viel zu verbessern ist, dürfte doch allein schon die Tatsache beweisen, daß verheiratete Kollegen beschäftigt sind, die noch M 19 und M 20 Lohn pro Woche bekommen. Wir haben anlässlich des Wahlkampfes verschiedene Flugblätter

an die Kollegen gelangen lassen; vielleicht nehmen sie diese jetzt nochmals zur Hand, um dann zu sehen, daß sie sich selbst bekämpfen.

**Fabrikbranche.**

**Bayreuth.** Die Kollegen und Kolleginnen der Firma Hugo Müller besaßen sich vor vier Wochen mit dem Gedanken, eine Lohnerhöhung zu verlangen. Sie ließen diese durch den Kollegen Gafner am 14. November einreichen und erwarteten die bestimmte Erfüllung ihres Wunsches. Am 22. November sprach Kollege Gafner dann persönlich vor und erwirkte bei Herrn Müller, daß er alle Gehilfenlöhne unter M. 20 um M. 1 erhöhte. Für die Mädchen und andern Kollegen war Müller nicht zu bewegen, vorerst eine Zulage zu gewähren. Kollege Gafner gab Herrn Müller jedoch zu verstehen, daß er dann bald wieder kommen werde.

**Bremen.** Der Kampf um unsere Menschenrechte lautete das Thema, welches von Kollegen Benedek in einer Betriebsversammlung der Kolleginnen und Kollegen der Firma Gahcz & Co., Bremer Schokoladenfabrik, behandelt wurde. In kurzen, prägnanten Ausführungen erläuterte Redner die traurigen Verhältnisse der Arbeiterklasse im allgemeinen und die miserablen Lohn- und Arbeitsbedingungen unserer Kolleginnen und Kollegen im besondern. Von dem Ausschlag der Zuckerwarenindustrie in den letzten Jahren hätten die Arbeiterinnen und Arbeiter nichts erhalten, sondern die Ertrugenschaften ihres Fleißes hätten sich in Ströme von Gold verwandelt und seien in die Taschen und Geldschränke der Unternehmer gewandert, während unsere Kolleginnen und Kollegen sich mühsam und kümmerlich durchs Leben schlagen müssen. An den stattgefundenen Lohnbewegungen der letzten Saison wies Benedek nach, daß überall dort, wo die Kolleginnen und Kollegen gut und längere Zeit organisiert sind, auch bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen erkämpft werden können. Nur auf dem Wege der Organisation sei es möglich, all die Schwierigkeiten zu überwinden, die unser Leben so bitter und sauer machen. Mit einem kräftigen Appell, sich ebenfalls zu organisieren, schloß Redner seine Ausführungen. In der hierauf stattfindenden Pause ließen sich 16 Kollegen und Kolleginnen in die Organisation aufnehmen und versprachen, alles zu tun, um ihre noch unorganisierten Mitarbeiterinnen und -arbeiter zum Eintritt in die Organisation zu veranlassen. Im Schlußwort begrüßte der Referent, daß sein Wahnspruch nicht nutzlos geblieben sei. Nunmehr heiße es aber auch, treu auszuhalten und nicht verzagen in dem heißen und harten, aber erfolgreichen Ringen um eine menschenwürdige Existenz.

**Dresden.** (Berling & Rodstroh — organisationsfeindlich.) Diese Firma gibt sich in Annoncen die größte Mühe, der Arbeiterschaft ihre Produkte angelegentlich zu empfehlen. Das Geld der organisierten Arbeiterschaft, die durch ihre gewerkschaftlichen Kämpfe überhaupt erst in die Lage kommt, Produkte unserer Industrie konsumieren zu können — dieses Geld, in Berling & Rodstrohsche Produkte umgefesht, ist ihr aber sehr angenehm. Vor allem in den Arbeitervierteln erstet eine Filiale um die andere. Non olet — Geld stinkt nicht! Nach uns zugegangenen Mitteilungen ist es insbesondere der Betriebsleiter, Herr Thierwald, der da des öfters äußern soll: „Ich bulde keine Organisierten, die fliegen raus, wenn ich etwas erfahre.“ Oder: „Sie sind wohl auch so 'ne Note“ usw. Dabei werden die Arbeitskräfte der Beschäftigten bis zum k ausgenutzt. Ueberstunden ohne Zuschlag, Sonntags-, Ruhetags-, Totensonntagsarbeit ohne Zuschlag ist an der Tagesordnung. Bei den Entlassungen wird ziemlich rigoros verfahren, vor allem dann, wenn die Saison sich dem Ende nähert. Der Mohr hat seine Schuldigkeit getan — der Mohr kann gehen. Das Raschen eines Stückschens Schokolade genügt vollkommen als sofortiger Entlassungsgrund; ob beim Gewerbegericht, muß abgewartet werden. Wenn Herr Th. sich um die Garberoberverhältnisse oder um die Reinlichkeit im Betriebe kümmert, so hat er jedenfalls eine bedeutend vernünftiger Tätigkeit als die der Sozialistenfresserei. Der Inhaber der Firma würde gut tun, wenn er beizeiten diesem Herrn Betriebsleiter den Standpunkt klarmacht; es könnte sonst sein, daß dies seitens der Arbeiterschaft geschieht. Den Kollegen und Kolleginnen ist sehr zu empfehlen, vor der Allmacht dieses Herrn nicht ins Maulseloch zu kriechen, sondern sich der Organisation, soweit dies noch nicht geschehen ist, anzuschließen und ihre Menschenrechte zu verlangen.

**Bezirk Herford.** (Jesuitenmoral.) Unter der Devise: „Ein verunglückter Streik der Genossen“, bringt die „berühmte“ „Solidarität“, das Blättchen der christlichen Nahrungsmittelarbeiter usw., einen Artikel über unsern verlorbenen Streik in Hildenhausen bei Herford.

Man muß sich nur wundern, wo die Christen den symbolischen Titel „Solidarität“ herhaben mögen, wo doch in jeder Nummer gegen die freien Gewerkschaften in bössartiger Weise gehetzt wird, wo aus jeder Zeile Unuldamsamkeit und Intoleranz gegen jeden Andersdenkenden hervorlugt und worin die Unsolidarität ständig Triumph feiert! — Demagogie wäre da schon ein weit angebrachter Titel für diese Musterschriften!

So wird hier mit ganz unverhohlener Freude die verlorene Bewegung in den Schmutz zu schleifen versucht; einen Kummel nennt man sie, mit unverantwortlicher Leichtfertigkeit wäre die Sache Hals über Kopf inszeniert worden! Kein Wort zur Information ihrer Leser bringt das edle Blätt, nichts darüber, was zum Streik führte, wie die Löhne so erbärmlich schoflig waren, daß der ganze Kampf ein wahrer Kontakt der beteiligten Arbeiter war, denen wochenlang vorher der Herr Fabrikhaber vorlag, er habe so gut wie verkauft, und er würde ihnen beim Verkauf ein „Geschenk“ — wie er es nannte und was genau stipuliert worden war — geben. Als sich das alles als glatter Humbug herausstellte und man den nochmals erinnernden Verbandsbeamten brüsti hinauswies, kam es dann in der sofort erfolgten Zusammenkunft der Kollegen zum Streikbeschlusse. Es war in der gewissenhaftesten Weise das „Für und Wider“ eingehend erörtert worden; die meisten Jugendlichen wurden nochmals auf die Stellung ihrer Eltern zum Kampf befragt, obgleich schon vorher manche Eltern direkt gesagt hatten, wenn es zum Kampfe käme, dann sollten sie auch mitmachen! Und bisher hatte man von den christlich Organisierten noch nichts gehört, bis zu dem Abend, als der Streik be-

schlossen wurde! Daran ändert auch kein Zota die alberne Bemerkung der Herrschaften, daß „so etwas der stärkste Mann nicht glaube“.

Die unglaubliche Tatsache aber verschweigt die biedere „Solidarität“, daß zwei von ihren Organisierten auch gleichzeitig freigeorganisirt waren, und diese beiden Musternaben wußten dann noch nicht einmal, an wen sie sich überhaupt in ihrem Lager zu wenden hätten!

Also, die beiden Christen haben in der Bude so ziemlich im verborgenen geblüht, als aber der Streik beschloffen war, gingen diese, obgleich sie zum Teil an der Abstimmung in bejahendem Sinne teilgenommen haben, wohlgemut schon am andern Morgen als Streikbrecher in die Fabrik zurück! Ist es da nicht eine elle Komödie, unter solchen Umständen von einer lendenlahmen Erklärung in unserm Fachorgan zu sprechen, wo man nicht mal den Mut hatte, die Leser der „Solidarität“ mit dem ganzen Artikel unserer Zeitung bekannt zu machen?

Aber das ist ja der Zweck der ganzen Sache; man verhindert absichtlich, daß die eigenen Mitglieder sich überhaupt selbst ein Bild von der Sache machen können und glaubt, mit einer Handvoll hohler Phrasen die Lauterkeit der christlichen Weltanschauung in helles Licht gerückt zu haben!

Wir betonen nochmals, sobald wir von den Christen etwas wußten, haben wir versucht, ihrer habhaft zu werden, um gemeinschaftlich die elende Lage der Berufskollegen mit ihnen bessern zu helfen, aber die „braven und klugen Taktiker“ zogen es bereits vor, allein vorstellig zu werden und glaubten, allein irgendein Gemisch von Zugeständnissen zusammenzubrauen zu können.

Die verfehlte Taktik der „Genossen“ soll ja schlagend dadurch bewiesen sein, daß die betroffenen Arbeiter, die

**Das Jahr geht zu Ende!**  
**Jedes Mitglied richte sich**  
**darauf ein, daß**  
**noch vor Ende Dezember**  
**alle für 1910 fälligen Beiträge**  
**entrichtet sind. Unsere Gegner**  
**beurteilen die Organisation nach**  
**der Kassenführung. ■■■■■**

eben erst einige Wochen organisiert waren, das ohne weiteres selbst eingesehen haben sollen; wie das bewiesen ist, verrät der Schlaupfopf von Verfasser zwar nicht, aber wahrscheinlich meint er damit den Streikbruch der Berufsangehörigen, auf den er ganz besonders stolz zu sein scheint!

Nun haben noch diese Kleinmütigen, in den traurigsten Verhältnissen lebenden Menschen nicht etwa jeglicher Organisation den Rücken gekehrt, sondern sie sind nach Angabe der „Solidarität“ in den christlichen Verband übergetreten. Na: Heil ihnen! Wenn das nicht hilft, dann hilft gar nichts mehr; wenn mit Singen und Beten und Arbeitswilligentum die Lage der Arbeiterschaft zu heben ist, dann mögen sie am richtigen Plage sein. Wir wollen mal abwarten, wie lange die Seelenharmonie andauern wird; in der augenblicklichen Verfassung aber gönnen wir den Christen die neue Akquisition von Herzen gern!

Soweit zur Abwehr der Berichterstattung jener Herren; sie mögen nochmals und abermals weiter helfen; man wird gut tun, sie zu ignorieren. Wir fassen gewiß die Herrschaften nicht gern an; heißt es doch sehr richtig: „Wer Dreck ansaft, besudelt sich“. Wenn man das aber gelegentlich nicht vermeiden kann, nun so sind wir wenigstens des Mitgeföhls unserer Freunde in den eigenen Reihen im ganzen Reiche sicher und sehen mit Stoizismus der nächsten Kanonade unter der zeitgemäßen Devise: „Mit Gott für König und Vaterland“ gegen die roten Gewerkschaften entgegen!

Wo nur böswillig mit vergifteten Waffen berunglimpft wird, da ist nur noch Verachtung am Plage. — Wenn schon Arbeiter sich über einen verlorenen Streik freuen, statt zu helfen, ihn zu gewinnen, dann kann man wohl mit Fug und Recht „P sui Teuffel!“ dazu rufen.

**Sof.** In der Zuckerwarenindustrie am Orte herrschte schon einmal reges Leben in der Organisation. Nach kurzem Aufblühen aber verwelkte dieselbe wieder infolge der Gleichgültigkeit unserer Kollegen. In diesem Jahre nun ließen sich wieder einige Kollegen in den Verband aufnehmen, die diesen Schritt niemals bereuen werden. Sie ließen nämlich vor drei Wochen durch den Verband ein Schreiben an Herrn Gstein richten mit dem Ersuchen, eine Lohnerhöhung von M. 1,50 und eine viertelstündige Besperpause nebst Verlängerung der Mittagspause eintreten zu lassen. Nachdem hierauf Herr Gstein mit den Kollegen Rücksprache genommen hatte, bewilligte er ihnen beides, da sie ihn überzeugten, daß die bisherigen Löhne den Verhältnissen nicht mehr entsprachen. Damit haben die Kollegen bewiesen, daß durch Einigkeit ein Erfolg stets erreicht werden kann. Mögen die Kollegen der beiden übrigen Betriebe diesem Beispiel bald nachahmen, damit die allgemeine mißliche Lage der hiesigen Kollegenschaft gebessert werden kann. Höchste Zeit wäre es!

**Ans gegenrischen Organisationen.**

**Gegen den Ruhetag** nahmen die Gelben in Berlin nachstehende Resolution in einer Versammlung am 29. November an:

„Die heute in den „Germania-Sälen“ statt besuchte Versammlung des Bundes der Bäcker- und Konditorgehelfen Deutschlands (sechs Mitgliedschaften von Berlin) spricht nach wie vor dem sozialdemokratischen Verband das Recht ab, in der Ruhetagsfrage im Namen der ganzen Bäckergehelfen zu sprechen. Der Ruhetag in der Woche als ein sechsunddreißigtündiger ist undurchführbar. Der Bund tritt nach wie vor für seine Forderungen ein, und zwar für einen Ruhetag für Gehelfen und Meister in Gestalt eines gesetzlichen Badverbotes für alle Betriebe, in welchen frische Ware hergestellt wird, von Sonntag früh bis Montag früh, wie es der vierte Bundesstag vom 6. bis 8. September 1909 in Cassel beschloffen hat.“

Die gelben Bajazozs scheinen wahrhaftig an dem Größenwahn zu leiden, daß sie die ausersehenen Vertreter der Bäckergehelfen sind. Dann würde es um die Kollegenschaft schlimm bestellt sein; sie wäre dem Unternehmertum mit gebundenen Händen zur Ausbeutung ausgeliefert. Wenn jetzt die Gelben sich wieder an ihre Forderung des „blauen Montags“ erinnern, so nur deshalb, um den Meistertreuen einen Knochen zum Abnagen hinzuwerfen. In Wahrheit ist es so, daß die gelben Kuliffenschieber ihre Forderung auf den Bäckermeister-Verbandstagen mehr als einmal abgesehoren haben. Warum überhaupt dieses Komödienspiel, obgleich kein denkender Mensch etwas von der Unternehmerschutzgarde wissen will? Oder wurde die Gegenresolution von den Bäckermeistern mit Gold aufgewogen?

**Polizei und Gerichte.**

**Leichensektion im Bäckerladen.** In einem Orte unweit Stuttgarts wurde vor Jahresfrist die Tochter eines Bäckermeisters von ihrem geisteskranken Bruder erschlagen. Am Tage nach der Tat erschien die Gerichtskommission an Ort und Stelle, um die erforderlichen Aufnahmen zu machen und ordnete nach der Besichtigung des Tatortes die Sektion der Leiche an. Da nach ihrer Ansicht der obere Raum etwas niedrig und dunkel war, wurde die Leiche herabtransportiert in die untere Stube, die dem Handwerksmeister als Verkaufsraum für seine — Badwaren dient. Der Hinweis darauf, daß die Vornahme der Sektion in jenem Raum nicht geschehen könne, blieb unbeachtet, und da der alte Mann — was leicht erklärlich ist — bestürzt und verstört war, fügte er sich der Hinausweisung durch den Staatsanwalt Euhorst. Die Sektion erfolgte darauf, kaum einen Meter von dem durch einen leichten Lüllvorhang abgeschlossenen Schaufenster mit frischen Badwaren entfernt, auf den Tischchen, auf denen sonst die Badwaren ausgelegt wurden.

Die älteren Ministerialverfügungen schrieben wohl vor, daß bei der Zubereitung aller zum Verkauf bestimmter Badwaren sowie im Verkehr mit demselben die größte Reinlichkeit zu beachten sei. Diese Vorschriften genügten nicht in allen Fällen, und so wurde am 12. März 1909 eine neue Ministerialverfügung erlassen. Am dieser Verfügung den notwendigen Nachdruck zu geben, ist der Zuwiderhandlungsfall mit Haft bis zu 14 Tagen oder M. 60 Geldstrafe bedroht. In diesem Falle erfolgte keine Bestrafung! Der Bäckermeister hatte außer dem Verlust seiner Tochter noch die unangenehme Folge, daß der größte Teil seiner Kundschaft mit dem ausdrücklichen Hinweis auf dieses Verkommenis fernblieb. Der schwer Geschädigte stellte beim Justizminister Antrag auf Ersatz des ihm durch die Sektion zugefügten Schadens im Betrage von M. 500 pro Jahr. Nach fünf Wochen erhielt er den Bescheid, daß das Justizministerium den gegen den Staat erhobenen Schadenersatzanspruch nicht anzuerkennen vermöchte. Damit war der Abgewiesene nicht zufrieden. Er erhob beim Landgericht Stuttgart den Antrag auf Zulassung zum Armenrecht zwecks Einleitung einer Schadenersatzklage gegen den Staat. Am 30. September 1910 wurde auch dieses Gesuch abgelehnt mit der Begründung, daß die beabsichtigte Rechtsverfolgung aussichtslos sei, weil nach den angestellten Erhebungen des Justizministeriums sich die Beamten „dienstlich“ übereinstimmend dahin geäußert haben, daß dem betreffenden Raum seiner inneren Einrichtung nach nicht anzufehen gewesen sei, daß es sich hier um einen Bäckerverkaufsraum handle, und daß gegen die Vornahme der Leichenöffnung in diesem Raum niemand Widerspruch erhoben habe.

So geschehen in Württemberg von den Organen der Behörden, die doch in erster Linie über die Einhaltung der Vorschriften in den Bäckereien betreffs der Reinlichkeit machen sollen. Wenn das von einem Staatsanwalt und sonstigen höheren Beamten geschehen ist, daß sie die Leichensektion im Bäckerladen vornahmen und somit die Ministerialverfügung unbeachtet ließen, dann kann man freilich von einem gewöhnlichen Polizeier und Dorfbuttel auch nicht verlangen, daß sie mit Argusaugen auf die Einhaltung der Bäckereiverordnung bedacht sind. Haben die Bäckermeister in Staatsanwalt Euhorst einen Bundesgenossen zur Bekämpfung der Reinlichkeit gefunden?

**Nachwachen zum Streik der Münchener Konditoren.** Im Herbst 1909, als die Konditorgehelfen der Bäckereien Münchens auf Grund des brutalen Verhaltens der Unternehmer in den Streik treten mußten, wurde auch über die Bäckerei Brand, Humboldtstr. 30, der Boykott verhängt. In diesem Betriebe wurde ein Streikbrecher beschäftigt. Ein streikender Kollege versuchte nun zum wiederholten Male auf Brand einzuwirken, damit er den Streikbrecher entlasse und die Forderung bewillige. Brand stellte gegen den Kollegen Strafantrag wegen Bedrohung nach § 153 der Reichsgewerbeordnung. Das Urteil lautete auf Freispruch, weil die Klage auf einem Rechtsirrtum beruhe. In der Begründung wird ausgeführt: Der § 153 der Reichsgewerbeordnung kann nur dann angewandt werden, wenn eine Nötigung zwischen Personen der gleichen Partei vorliegt, d. h. Arbeiter gegen Arbeiter oder Unternehmer gegen Unternehmer.

In vorliegendem Falle hat aber ein streikender Arbeiter den Unternehmer zu bestimmen versucht, den Forderungen der Arbeiter nachzugeben. In Konsequenz dessen ist auch der Boykott zulässig, der von Personen einer Partei über Personen einer andern Partei zum Zwecke der Anerkennung von Forderungen verhängt wird.

### Internationales.

#### Die Wissenschaft und das Bäckerelend.

Wir wissen nicht, wie hoch (oder wie tief!) unsere Bäckermeister einen deutschen Professor von Rang und Ansehen einschätzen. Aber soviel darf man wohl von ihnen annehmen, daß sie ihm zutrauen, sich an der Hand genauer Untersuchungen über die Lage einer bestimmten Arbeiterkategorie zu unterrichten. Und wenn sie das tun, werden sie auch dem Resultate, zu dem ein solcher Mann der Wissenschaft kommt, einige Bedeutung beimessen müssen.

Nun ist aber Professor Dr. H. Sieveking von der Universität Zürich (bis vor kurzem in Marburg) bei seinen Untersuchungen zu einem Resultat gekommen, das uns in der Agitation wertvolle Dienste leisten wird, weil es, nicht gerade Neues bietend, alles bestätigt, was wir bisher über das Elend der Bäckergelesen und geschrieben haben, und was unsere Gegner bislang als „sozialdemokratische Hetzerei“ verschrien haben.

Besagter Professor Sieveking, der als Nachfolger des berühmten Herkner nach Zürich berufen wurde, sprach am 29. November in einer Versammlung der sozialen Käuferliga über die Nacharbeit in Bäckereien. Aber der Stoff zwang den Redner ganz von selbst, bald aus dem Rahmen seines Vortrages zu treten, und ohne es zu merken wurde er zum scharfen Ankläger der Ausbeuterei im Bäckergewerbe. Wir geben in folgendem das Wesentlichste aus seinem Vortrage wieder und überlassen es den „wissenschaftlich geschulten“ Soldschreibern der Ritter vom Backtrog, seine lapidaren Wahrheiten ebenfalls als „sozialdemokratische Hetzereien“ zu verunglimpfen. Herr S., der liberal, aber kein Sozialdemokrat ist, erklärte eingangs seiner Rede, dass sie sich stütze auf die neuesten Untersuchungen des Professor Scheff und auf die Resultate der Umfrage der Käuferliga, die demnächst erst im Druck erscheinen werden. Dann führte er ungefähr folgendes aus:

Der Raum, in welchem der Bäckergehilfe arbeitet, ist unhygienisch und unsauber, liegt vielfach unter der Erde und zeitig Krankheiten und andere Uebel. In Zürich zum Beispiel (und ähnlich in andern Gegenden) wurde festgestellt, daß nur vier Betriebe vorhanden waren, die die Backstube täglich gründlich reinigen. In 14 Betrieben fand diese (doch so dringend notwendige) Reinigung nur einmal wöchentlich, ja, in mehreren andern nur viermal im Jahre, und in einigen gar nur dreimal im Jahre statt!! (Pfiu Teufel, diese Schweinigel!) Freilich: Das hängt mit der langen Arbeitszeit zusammen. Da, wo dieselbe kürzer, war die Sauberkeit größer. Bei langer Arbeitszeit bleibt eben für die Reinigung der Arbeitsräume wenig oder keine Zeit übrig. Die lange Arbeitszeit ist wiederum eine unmittelbare Folge des mittelalterlichen Kost- und Logiszwanges. Leider sehen diese Rückständigkeit viele Gesellen noch nicht ein. In Basel hat einer auf dem Fragebogen geantwortet: „Laßt uns in Ruhe! Der Geselle soll nicht schlafen, sondern arbeiten, damit er später selbständig wird!“ Mit diesem Selbständigwerden aber sieht es gar traurig aus. Die allermeisten verbringen ihre besten Jahre in der höllischen Backstube und gehen später in die sogenannten „ungelernten“ Berufe über. Die allermeisten!

Sehr schlimm ist, daß die Meister Kost und Logis nicht geben aus den Gründen, die sie vorbringen, sondern um an der „Pension“ noch ein Geschäft zu machen! Daher die schlechte Kost, die mangelhaften „Wohnungen“: Von 91 Züricher Gesellen mußten 61 in einer Mansarde schlafen! Diese sind im Winter sehr kalt und im Sommer sehr, sehr heiß. Da der Bäcker am Tage schläft, ist das für ihn geradezu eine Tortur, dort zu wohnen. Dabei haben die Aerzte bestätigt, daß in diesen Räumen unerhört viel Staub und Unrat sich befindet, so daß die sowieso häufig genug vorkommenden Berufskrankheiten (Blutarmut, Nasenbluten, Tuberkulose, Erkrankung der Beine, Krampfadern, Hautkrankheiten usw.) auch dadurch noch gefördert werden. Das lange Stehen und das schwere Kneten usw. wäre ja an sich weniger schlimm, wenn der Geselle nur mehr Ruhe und bessere Aufenthaltsräume hätte!

Geradezu entsetzlich ist, daß so viele Bäckergehilfen vom Heiraten abgehalten werden — eben infolge des Kost- und Logiszwanges und der schlechten Bezahlung. Dadurch wird der Geselle der niedersten Prostitution zugeführt und daher wiederum kommt es, daß so viele Bäcker mit venerischen Krankheiten behaftet sind. Es ist festgestellt, auch in diesen hier vorliegenden allerneuesten Untersuchungen, daß diese Krankheiten dort viel seltener sind, wo sich die Gesellen vom Kost- und Logiszwang befreit haben:

Die durch den Kostzwang herbeigeführte „Arbeitsbereitschaft“ zeitige grausam lange Arbeitszeiten. Bei den meisten der neuerdings befragten Gesellen betrug sie 12½, bei andern 14, bei vielen sogar 17 Stunden täglich. Und je kleiner der Betrieb, desto länger die Arbeitszeit.

Die Bäckermeister übertreten aber auch das Fabrik- und Sonntagsruhegesetz. Schlimm genug, daß es durch eine Verfügung den Bäckern gestattet ist, die Gesellen auch des Sonntags, und zwar bis 9 Uhr „früh“, zu beschäftigen. Aber selbst mit dieser Ausbeutungsfreiheit begnügen sie sich nicht: In 35 Züricher Betrieben wurde bis lange nach 9 Uhr gearbeitet, weil das Feilhalten der Ware so lange erlaubt ist! Und doch hat gerade der Bäcker die Sonntagsruhe so nötig! **Es wäre gut, wenn sie ihren sechsendreißigstündigen Ruhetag endlich erhalten würden.**

Besonders lehrreich ist es, dass auch im Bäckergewerbe die alte volkswirtschaftliche Wahrheit gilt: Da, wo die Arbeitszeit am längsten, ist der Lohn am niedrigsten! Da, wo die Arbeitszeit wöchentlich 59 Stunden betrug, hatten die Gesellen Fr. 60 bis 100, da, wo sie 97 (!) Stunden betrug, nur Fr. 50 bis 55 (!) Lohn pro Monat!

Die Lehrlingszüchtereier wird gerade im Bäckergewerbe arg betrieben. In manchen Gegenden der Schweiz entfällt auf jeden Gesellen ein Lehrling, im Kanton Zürich auf 100 Gesellen 22 Lehrlinge. (?) Und die arbeiten noch länger! Trotz des Lehrlinggesetzes, das zehn Stunden maximale Arbeitszeit vorschreibt, beträgt ihre Arbeitszeit täglich 11½ bis 13 Stunden! Da sie somit wenig schlafen, wird schon früh der Keim zu schweren Krankheiten in ihnen gezeugt. Ein Lehrling, der, wie der Arzt konstatierte, infolge des Mangels an Schlaf schlimme Füße bekommen und Aufnahme im Spital gefunden hatte, mußte von seinem „Lohn“ von 50 Rappen wöchentlich (40 %) die Spitalkosten bezahlen. Flehend sagte er zum Arzt: „Sagen Sie nur nichts dem Meister, sonst haut er mich!“

Die Nacharbeit könnte sehr gut entbehrt werden, wie teilweise in Schottland, Finnland, Norwegen, Italien, Tessin usw. Die meisten Aerzte Zürichs, die befragt wurden, erklärten sie für schädlich. Nur ein Landarzt erklärte, die angeblichen (!) Schädigungen seien nichts als eine „frauenhaft übertriebene Verweichlichung des Geschlechts“, an dem unsere Zeit leide!! Alle Aerzte aber, die Erfahrungen gesammelt haben, urteilen ganz anders und stellen fest, daß als Folge speziell der Nacharbeit das geringe Alter, das vorzeitige Altern, die geringe Resistenz bei Krankheiten usw. in die Erscheinung treten. Ja, wenn die Gesellen wenigstens am Tage mehr Ruhe hätten! So sagen sie mit Recht.

Alles dies, so schloss der Redner seinen Vortrag, bedeutet eine Gefahr für die Arbeiter und die Konsumenten. Denn die Keime der Krankheiten werden, da sie, wie ärztlich festgestellt, nicht alle vom Backen vernichtet werden, nur zu leicht auf die Käufer übertragen.

Aber auch die Meister selbst erleiden Schaden unter der Nacharbeit, wie ihre Frauen vielfach festgestellt haben. Sie werden ärgerlich und nervös, und ihre Kinder werden meist nicht erzogen, sondern großgeprügelt. Die geringste Störung seiner Ruhe am Tage, wo doch die Kinder laut sein wollen, rächt er bitter an Frau und Kindern. Auch er wird, wie die Gesellen und Lehrlinge, von der Teilnahme an der Kultur nahezu völlig ausgeschlossen; denn wie soll der überangestrengte Lehrling dem Fortbildungsunterricht folgen? Wie soll der Geselle die Schätze der Kultur kennen, wie seine Fortbildung betreiben können? ...

Zum Schluß trat der Redner für eine schärfere Durchführung der Gesetze und für gesetzliche Abschaffung der Nacharbeit ein.

In der Diskussion wies ein Redner darauf hin, daß eben deshalb, weil die Bäcker dank dieser Mißstände von der Kultur fast ausgeschlossen seien, sie auch den Wert der Organisation noch zu wenig kennen. Die Anwesenden möchten deshalb an ihrem Teile die nur zu berechtigten Bestrebungen der Gesellen nach Kräften unterstützen. Eine diesbezügliche Resolution wurde, nachdem sich Professor S. ebenfalls dafür erklärt hatte, einstimmig angenommen.

Nicht darin liegt der Wert dieser Ausführungen, daß sie öffentlich gemacht wurden, sondern vor allem darin, daß sie ein deutscher Professor machte und vor einem Publikum, das bisher von dem Leiden und Elend der Bäckergehilfen keine Ahnung hatte. Wenn doch auch die Indifferenten erst aus derartigen Vorträgen lernen möchten!

R. A.

### Sozialpolitisches.

ss. Zur Verbreitung der Geschlechtskrankheiten. Durch die Ehrlich-Gatafsche Erfindung ist das allgemeine Interesse wieder einmal für eine Zeitlang auf eine der dunkelsten Nachtseiten unseres Kulturlebens gerichtet worden: auf die Verheerungen und Verwüstungen, die die Geschlechtskrankheiten unter der Menschheit anrichten. Man wurde an das berühmte Wort, wonach unsere ganze Zivilisation eigentlich nur eine Sphylisation sein solle, erinnert, wenn man hörte, daß in Berlin 90 pZt. aller Männer wenigstens einmal in ihrem Leben geschlechtskrank gewesen seien, und daß etwa der dritte Teil von diesen leichtere oder schwerere Formen der Sphylis erworben habe. Veruchen diese Angaben nun auch auf Schätzungen, Ansprüche von Aerzten, denen andere, zum Teil allerdings noch ungenügendere, gegenüberstehen, so geben eine bedeutend einwandfreiere Uebersicht über die Verbreitung der Geschlechtskrankheiten und damit die Bedeutung der Ehrlich-Gatafschen Erfindung die diesbezüglichen Erhebungen des preussischen Kultusministeriums vom Jahre 1900 und die späteren Ermittlungen der „Deutschen Gesellschaft zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten“, wobei freilich immer zu beachten ist, daß die eigentümliche Scheu, die die meisten Menschen hindert, eine Geschlechtskrankheit einzugehen, derartige Feststellungen ungemein erschwert und ihre Resultate gewöhnlich weit hinter den tatsächlichen Verhältnissen zurückbleiben läßt. Nach der erwähnten Erhebung betrug die Zahl der Geschlechtskranken (von denen die Sphylitiker etwa den dritten Teil ausmachen) am 20. April 1900 in

ganze Preußen.....	28 pro 100000 Einwohner
Berlin .....	142 " 100000 "
Städte über 100000 Einwohner..	100 " 100000 "
" " 30000 " ..	58 " 100000 "
" " unter 30000 " ..	45 " 100000 "

Der überwiegende Anteil der Großstadt an den venerischen Krankheiten tritt aus dieser Uebersicht deutlich hervor. Während im Durchschnitt des ganzen Landes nur 28 Einwohner von je 100 000 geschlechtskrank waren, war diese Zahl in Berlin 142, in allen Städten über 100 000 Einwohner immer noch 100, dagegen in den kleinen Städten unter 30 000 Einwohnern 45, auf dem Lande noch entsprechend weniger. Nach den Ermittlungen der „Gesellschaft zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten“ stellt sich das Verhältnis für die Großstädte sogar noch ungünstiger. Danach sind in Berlin von je 10 000 Einwohnern stets 21 venerisch erkrankt, in Schöneberg bei Berlin 20, in Nixdorf bei Berlin 18, in Altona 16, in Hamburg und Leipzig 15, in Frankfurt a. M. und Köln 13, dagegen in den kleineren Städten Metz, Bochum, Cassel 5, Geseffeld, Gelsenkirchen 2, Remscheid, Hagen gar nur 1 pro 10 000.

Von Bedeutung ist auch die verschiedene Beteiligung der einzelnen Berufe an den Geschlechtskrankheiten. Für Berlin haben sich folgende Unterschiede ergeben. Es erkrankten dort jährlich nach den Angaben der Ortskrankenkasse der Gastwirte für die der Prostitution verdächtige Kellnerinnen, der studentischen Krankenkasse, der Zahlstelle des Verbandes Deutscher Handlungsgehilfen, der Zentralstelle der Fischer und der Garnisonverwaltung

Prostituierte .....	30 pZt.
Studenten .....	25 " "
Kaufleute .....	16 " "
Arbeiter .....	9 " "
Soldaten .....	4 " "

Zur Beurteilung der volkswirtschaftlichen Wirkungen der Geschlechtskrankheiten gehört auch die Kenntnis der Tatsache, daß die Geschlechtskranken und speziell die Sphylitiker nicht nur unter den Folgen ihrer eigenen schrecklichen Krankheit zu leiden haben, sondern auch andern Erkrankungen gegenüber im allgemeinen viel weniger widerstandsfähig sind als andere Personen. Nach einer Versicherungstatistik beträgt die Sterblichkeit der Sphylitiker an den verschiedenen Todesursachen, die Durchschnittsterblichkeit sämtlicher Versicherten gleich 100 gesetzt: an Tuberkulose 18, an Krankheiten der Atmungsorgane 99, an Infektionskrankheiten 110, bösartigen Neubildungen 160, Nierenkrankheiten 164, Krankheiten des Magens und Darms 184, Selbstmord 222, Apoplexie 228, Geistes- und Gehirnerkrankheiten außer Paralyse 503, Rückenmarkkrankheiten 667, Aneurysma 680. Die fünf letztgenannten Krankheiten resp. Todesursachen sind freilich direkt als Folgeerscheinungen der sphylitischen Erkrankung anzusehen. Bedenkt man noch, welch ungeheures Elend die Sphylis in die Familien bringt durch Ansteckung der Ehefrauen und vor allem durch Vererbung der Nachkommenschaft, indem Sphylitiker Strophulose oder blödsinnige Kinder zeugen, dann begreift man, welchen Dank die Menschheit dem fühlen und arbeitsamen Forscher schuldig ist, und man muß sich mit aller Energie gegen die Anmaßungen einiger Ärztegruppen wenden, die eine möglichst langsame und kostspielige Einführung des Mittels aus Rücksicht auf die Schonung ihrer feitherigen Einkünfte aus der Sphylisbehandlung fordern.

### Gewerkschaftliche Rundschau.

Der nächste Kongress der Gewerkschaften Deutschlands findet in der Zeit vom 26. Juni bis 2. Juli 1911 in Dresden im etablissement „Livoli“ statt.

Lohnbewegung der Bergarbeiter im Ruhrrevier. In einer gemeinschaftlichen Vorstandskonferenz des Hirsch-Dunderschen, des polnischen und des alten Bergarbeiterverbandes wurde am 30. November beschlossen, mit Lohnforderungen an den Bechenverband heranzutreten. Mit diesem Beschluß treten die Ruhrbergleute in die längst beabsichtigte Lohnbewegung ein.

Die Donnerstag von den Vorständen der drei Bergarbeiterverbände beim Bechenverband eingereichten Forderungen sind folgende: 1. Eine durchschnittliche Lohn-erhöhung von 15 pZt. am 1. Januar 1911 in Kraft treten zu lassen; 2. das Verbauen in der Grube und alle sonstigen Nebenarbeiten sollen besonders bezahlt bzw. verrechnet werden, um die Lebensgefahr zu verringern; 3. die Leistungen der Knappschaftskasse sollen entsprechend den Anträgen der Arbeitervertreter in der letzten Generalversammlung des Allgemeinen Knappschaftsvereins zu Bochum erhöht und zu diesem Zweck außerordentliche Generalversammlungen der fraglichen Kasse einberufen werden; 4. der voriges Jahr eingeführte Zwangsarbeitsnachweis soll in einen auf paritätischer Grundlage aufgebauten umgewandelt werden, wie das schon voriges Jahr von allen Verbänden mit Recht verlangt wurde.

Der Gewerksverein christlicher Bergarbeiter hat sich der gemeinsamen Bewegung nicht angeschlossen, sondern selber „Forderungen“ gestellt. Der „Bergknappe“ bringt in seiner neuesten Nummer die Begründung für diesen ablehnenden Standpunkt der Christlichen für ein gemeinschaftliches Vorgehen aller Bergarbeiterverbände in der Lohnfrage. Eine Konferenz der Vertrauensleute habe ein Zusammengehen mit dem sozialdemokratischen Verband abgelehnt, weil sie der Ansicht sind, daß der alte Verband ein ehrliches Zusammengehen und friedliches Zusammenarbeiten gar nicht wolle. Das soll die Bekämpfung und Beschimpfung des Gewerksvereins beweisen. Der alte Verband müßte sich deshalb schämen, an den Gewerksverein mit solchem Verlangen heranzutreten. Allgemein seien die Christlichen überzeugt, daß die sozialdemokratischen Führer durch die Einleitung einer gemeinsamen Bewegung Vorarbeit für die nächste Reichstagswahl machen wollen. Ein vor der nächsten Reichstagswahl erfolgender Streik würde nur der Sozialdemokratie nützen, der Arbeiterfrage aber schaden. Bei einem Zusammengehen in diesem Augenblick seien für die Bergarbeiter wirtschaftliche Erfolge nicht zu erzielen u. s. f.

Abgesehen von der Kleinlichkeit des in dieser Begründung enthaltenen Standpunktes — der alte Verband ist doch wohl vom Gewerksverein nicht mit Glacéhandschuhen angefaßt worden —, ist die von den Christen gegebene Argumentierung hohl und voller Widersprüche. Sie selbst haben — nach dieser Erklärung wohl nur, um den Schein zu wahren — „Forderungen“ an den Bechenverband eingereicht. Da sie selbst sagen, daß ein Streik gegenwärtig den Bergarbeitern nicht nützen kann, sondern nur der Sozialdemokratie, so steht naturgemäß hinter ihren Forderungen gar kein Druck; sie können kaum ernst gemeint sein. Lohnforderungen können doch nur dann mit dem nötigen Nachdruck erhoben werden, wenn zu ihrer Durchsetzung eventuell der Streik angekündigt wird.

Die „Forderungen“ des Gewerksvereins sind denn auch sehr „maßvoll“ ausgefallen. In ihnen wird auf das Sinken der Bergarbeiterlöhne hingewiesen und gewimmert, daß viele Familienbäter mit Bangen dem kommenden Winter entgegensehen. „Im Interesse der Bergarbeiter und der ruhigen Entwicklung unserer Bergbauindustrie bitten wir Sie deshalb, den dem Bechenverband angeschlossenen Bechen zu empfehlen, zur Behebung der ungünstigen Lage der Arbeiterfamilien soweit wie möglich eine den Verhältnissen entsprechende Lohnaufbesserung der Arbeiter über und unter

Lage vorzunehmen," heißt es dann weiter in der Eingabe. Und in der Frage des Bechenarbeitsnachweises wird gebeten, durch einige Vertreter etwaige Beschwerden mit untersuchen zu können.

In der Form Lohnforderungen zu stellen, war mit den andern Verbänden wohl unmöglich. Und daher ist das Geschwafel von der Bekämpfung des Gewerkschafts u. s. w. nur ein gesuchter Vorwand, um die gewerkschaftliche christliche Demut dahinter zu verbergen.

Englische Arbeiterdeputationen. Zwischen der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands und der Englands ist vereinbart worden, daß in Zukunft nur noch solche englische Arbeiterdeputationen offiziell empfangen werden sollen, die ein Einführungsschreiben der englischen Generalkommission (General-Federation of Trade Unions) bei sich führen. Veranlassung zu diesem Uebereinkommen ist die Art, in der verschiedene Deputationen, die von den englischen Unternehmern nach Deutschland geschickt werden, ihre Studien betreiben oder, besser gesagt, unter Führung des von Unternehmenseite gestellten sprachkundigen Führers betreiben müssen.

Der belgische Gewerkschaftskongress findet am 25. und 26. Dezember d. J. im Volkshaus zu St. Gilles statt. Aus der Tagesordnung seien hervorgehoben: Der gemeinsame Widerstandsfonds, die Umwandlung der Berufsorganisationen in Industrieverbände, die Arbeitsbörsen, die Heimarbeit und die Erhöhung des Beitrages zur Gewerkschaftszentrale.

Auskunftsstelle der im Auslande lebenden Sozialdemokraten deutscher Zunge. Auf die Initiative des „Deutschen Sozialdemokratischen Leseklubs“ in Paris hin hat eine Konferenz der Vertreter deutscher Organisationen im Auslande gelegentlich des Internationalen Kongresses in Kopenhagen stattgefunden. Es wurde die Gründung einer „Auskunftsstelle der Sozialdemokraten deutscher Zunge im Auslande“ beschlossen und der „Deutsche Sozialdemokratische Leseklub“ in Paris mit der Ausführung dieses Beschlusses betraut. Die Generalversammlung des Leseklubs vom 15. Oktober 1910 wählte zu Leitern des Unternehmens seinen Vorsitzenden, den Genossen Josef Schreyer, das Mitglied des deutschen Gewerkschaftsartikels in Paris, Genossen Paul Nichte, und den Parteischriftsteller Genossen S. Grumbach. Als juristischer Beirat wird das Mitglied des französischen Parteivorstandes, Genosse Uhr, Rechtsanwalt am Appellationsgericht, fungieren.

Der Vorstand der sozialdemokratischen Partei Deutschlands ist zu Rate gezogen worden und hat seine Stellungnahme durch einen Brief vom 30. September 1910 bekundet, in dem er schreibt: „Wir hoffen mit Ihnen, daß die zu errichtende Auskunftsstelle unsern im Auslande lebenden Genossen und Genossinnen gute Dienste leisten wird. Wir erlauben Sie, uns über die weitere Entwicklung dieser Institution auf dem laufenden zu erhalten.“

Auch das Internationale Sozialistische Bureau hat durch den Genossen Guhsmans brieflich und mündlich sich anerkennend ausgesprochen und in der Nr. 6 des „Periodischen Bulletin des Internationalen Sozialistischen Bureaus“ die Möglichkeit, ja Notwendigkeit des Unternehmens anerkannt.

Diese Ansicht wird bestätigt, nicht nur durch die große Zahl von Auskunftsgesuchen von Einzelpersonen und Organisationen, welche schon jetzt einlaufen, sondern auch durch die Kundgebungen der deutschen Vereine im Auslande. Alle Anfragen, betreffend die politischen und gewerkschaftlichen Organisationen des Auslandes, Lohnsätze, Arbeitszeit, Verhältnisse des Arbeitsmarktes, rechtliche und soziale Einrichtungen im Auslande soll die „Auskunftsstelle“ so gut wie möglich zu beantworten suchen und dadurch den Auswanderungslustigen mit Informationen und Ratsschlägen an die Hand gehen.

Die Auskunftsstelle soll ferner den Organisationen bei der Ausarbeitung von Statuten behilflich sein und sich den deutschsprechenden Genossen im Auslande in allen organisatorischen Fragen zur Verfügung stellen. Sie wird alljährlich ein Adressenverzeichnis aller in Betracht kommenden Vereine veröffentlichen. Als offizielle Organe werden neben den in Berlin und Wien erscheinenden Arbeiterzeitungen als Publikationsorgane dienen: „Vorwärts“ Berlin, „Arbeiterzeitung“ Wien, „Volksrecht“ Zürich, „Vorwärts“ Neuchâtel.

Mit Arbeitsvermittlung beschäftigt sich die Auskunftsstelle nicht.

Es liegt in der Natur des Unternehmens und an den Mängeln des Auskunftswesens überhaupt, daß die Antworten der Auskunftsstelle in vielen Fällen weder erschöpfend noch verbindlich sein können. Um eine möglichst erfolgreiche Tätigkeit ausüben zu können, ist einerseits eine präzise Fragestellung, andererseits die selbstlose Bereitwilligkeit derjenigen Personen und Körperschaften erforderlich, welche von der Auskunftsstelle als Informationsquellen in Anspruch genommen werden.

Der Auskunftsuchende hat seiner Anfrage die Rückporto in Briefmarken, gleichviel welchen Landes, beizufügen. Wenn Recherchen angestellt werden müssen, die andere Porto- und sonstige Unkosten verursachen, so geschieht dies zu Lasten des Anfragenden.

Auskünfte werden nur an politisch oder gewerkschaftlich organisierte Genossen erteilt. Fragebogen werden den Bezirks- oder Landesorganisationen sowie den gewerkschaftlichen Zentralverbänden zugehen und von diesen den Auskunftsuchenden Genossen zur Verfügung gestellt werden. Briefe und Geldsendungen, betreffend die Auskunftsstelle, sind zu richten an: Josef Schreyer, 11 Bd. d'Enghien — Enghien-les-Bains — (E. & O.) Frankreich.

### Politische Rundschau.

Das Wahlergebnis der Nachwahl zum Reichstag im Kreise Labiau-Wehlau ist folgendes: Burchard (A.) 7216, Wagner (Vp.) 5517 und Linde (SD.) 3708 Stimmen. Mitbin Stichwahl zwischen Burchard und Wagner. Das Resultat war mit Spannung erwartet worden, handelte es sich doch um einen ostpreussischen ländlichen Wahlkreis, der bisher Besitz der Konservativen war und in dem es bisher nnu zeigen sollte, ob auch der schwarze Schnaps...

block für seine Auspönerungspolitik gegenüber den Volksmassen die ihm zukommende Quittung erhalten würde. Und er hat sie erhalten! Die Konservativen haben nicht weniger als 4350 Stimmen verloren! Die Sozialdemokraten haben seit der letzten Hauptwahl 528 Stimmen gewonnen, allerdings den Stand von 1903 mit 5006 Stimmen noch nicht wieder erreicht, weil die Agitation mit allen Mitteln zu bereiteln versucht wurde. Nicht ein Versammlungslokal stand ihnen zur Verfügung! Für die Stichwahl hat die Parteileitung die Parole ausgegeben: „Unter allen Umständen nieder mit den Konservativen!“ und werden die sozialdemokratischen Wähler somit für den Freisinnigen eintreten, obgleich von diesem natürlich auch direkt nicht viel für die Rechte der Arbeiterklasse zu erwarten ist.

Die Begnadigung der Bonner Vorurten, der Grafen Quistorp und Finkenstein, die ihren militärischen Vorgesetzten nachts in seiner Wohnung überfallen und mißhandelt hatten, zu acht Tagen Festung, wirkt abermals ein grelles Licht auf die in Preußen herrschenden Rechtszustände. Wenn die Junker jetzt wieder so laut nach Ausnahmegesetzen rufen, so tun sie es vielleicht nur zur Bemäntelung der Tatsache, daß in Deutschland zwar auf dem geduldigen Papier alle vor dem Gesetz gleich sind, daß aber das Gesetz für verschiedene Klassen und Personen ganz verschieden gehandhabt wird. Wir haben nur ein Gesetz, aber doch zweierlei Recht. In der Unterdrückung der Arbeiterklasse und ihrer Kulturbestrebungen leistet man das Menschenmögliche auch ohne Ausnahmegesetze!

Als Scharfmacherhege gegen die Gewerkschaften war ja auch der große Mobiler Krawallprozess geplant, der für seine Urheber einen so überaus jammervollen Verlauf nimmt. Die voreilige Anklage gegen den „Terrorismus“ der Sozialdemokraten und die „Verheerung“ der Gewerkschaften ist in der Beweisaufnahme so zerlegt worden, daß der Staatsanwalt diesen Teil seines Spiels schon völlig verloren gegeben hat. Aber während die Arbeiterorganisationen triumphierend aus diesem Gerichtsverfahren hervorgehen und nicht der geringste Makel an ihnen haften bleibt, sind von zahlreichen einwandfreien Zeugen Anklagen gegen Polizeiorgane erhoben worden, die die ganze Kulturwelt mit einem Schrei der Entrüstung beantwortet hat. Ist von diesen Anklagen auch nur ein Teil wahr, dann ist damit über den preussischen Polizeistaat der Stab gebrochen, und die Scharen derer, die diesem Polizeistaat als unerbittliche Gegner gegenüberstehen, werden um Hunderttausende gestärkt werden.

Das hatten sich die Drahtzieher dieses politischen Tendenzprozesses nicht träumen lassen! Ihre Verwirrung und ihre Not ist daher grenzenlos. Mitten während der Verhandlungen gründete der Polizeipräsident v. Jagom ein amtliches Zeugensbureau, in dem gutgesinnte Auslagen zur Entlastung der Polizei gesammelt werden sollen. Und das Organ des Herrn v. Bethmann Hollweg erdreistete sich, in die schwebende Verhandlung einzugreifen und den Richtern die Anweisung zu geben, daß sie die Zeugen der Verteidigung für unglaubwürdig halten müßten. Das kopflose Verhalten der Regierungsorgane kann nur bewirren, daß der furchtbare Polizeiskandal, der durch den Prozess entfestet worden ist, durch einen Justizskandal ersten Ranges verschärft wird.

Dieser Verlauf der Dinge ist schon vor dem Beginn des Prozesses in der Arbeiterpresse mit der Sicherheit eines astronomischen Ereignisses angekündigt worden. Die so traurig hineingefallenen Macher können also nicht sagen, daß sie nicht gewarnt worden wären. Daß sie trotzdem blindlings in diese Falle taptten und sich eine so schwere moralische Niederlage holten, wo sie den Sieg schon in ihrer Tasche zu haben glaubten, beweist aufs neue, mit wieviel Unfähigkeit die deutsche Welt von heute regiert wird.

Aus dem Reichstag. Der Gesetzentwurf bezüglich der geplanten Schiffsabgaben steht zur Beratung. Der Reichskanzler hebt hervor, daß die Vorlage vom Bundesrat einstimmig beschlossen wurde, daß das Gesetz verkehrsfreundlich sei und dergleichen Losspesen mehr.

Von den bürgerlichen Parteien wurde mit mehr oder weniger Enthusiasmus das Lied nachgesungen. Anders aber klang die Melodie, als der Sozialdemokrat Frank die verkehrsfreundliche Seite bestritt und eine Verkehrshemmung nachwies. Er kritisierte die seltsame Art des Zustandekommens im Bundesrat, nachdem doch die badiische und sächsische Regierung vor nicht allzulanger Zeit Resolutionen faßten, welche sich nicht nur entschieden, sondern sogar energisch und scharf gegen die geplanten Abgaben wendeten. Er wies die Ungefährlichkeit des Planes nach, indem er § 54 der Verfassung verles und fragte: „Was soll werden, wenn andere Staaten, Oesterreich, Holland, Belgien, an dem bisherigen Abkommen der Abgabefreiheit kraft ihrer Verträge festhalten — sollen die ausländischen Schiffe frei sein und inländische bezahlen?“

Die Vorlage ist dem Gedanken des Kanalgesetzes entsprungen, wie die Junker ihn auffassen! — Das Getreide-Einfallsoll soll sich schließen — wieder soll ein indirekter Schutz der Landwirtschaft zuteil werden! Die Abgaben werden selbstverständlich abgemälzt. Es ist, so schloß Frank, ein trauriger Mut, nach Abschluß der Finanzreform jetzt schon wieder dem Volke eine indirekte Steuer in dieser Form aufzubürden. Nicht freiwillig machen die Südstaaten mit, sondern unter dem Druck einer Drohung von Preußen.

Die bürgerlichen Parteien sind sich wieder einmal über ihre Stellungnahme nicht einig, weshalb der Abgeordnete Müller-Weinigen ein Klageged über anstellte, daß die Regierung Gesetze, wie „das Gesetz über die Schiffsabgaben und das Kurpfuschereigesetz“, dem zur Reize seines Dafens gehenden Reichstag vorlegt. Gerne, gerne möchte man helfen; aber jetzt vor der Wahl — vor der großen Sammelpolitik! — kann man der Masse nicht vor den Kopf stoßen; so klingt es aus all den Worten der ängstlichen Opportunistenpolitik. Die Sozialdemokraten freuen sich, wenn Farbe bekannt werden muß; denn das Empfinden am eigenen Leibe wirkt am sichersten und wird manchem die Augen öffnen.

In den Ernst der Debatte kommt von Zeit zu Zeit Humor. Für solchen hat ein Staatsanwalt aus Jülich in Bayern beigetragen, welcher den Reichstag erlucht, das Mitglied Dr. Bachnide während der Session verfolgen

zu dürfen. Dr. Bachnide hat sich zweier Vergehen schuldig gemacht: erstens wegen nicht rechtzeitigen Anmeldens und zweitens wegen Nichtanmeldens seiner Haushälterin zur Krankenkasse. Recht ist unstrittig, wenn ein Beamter gegen alle Gesetzesbestimmungen vorgeht — aber die Immunität der Abgeordneten wegen solcher Kapalie anzutasten, ist stark; es müßte denn sein, daß der Herr Staatsanwalt sonst keine Gelegenheit findet, sich über die Grenzen seines Bureaus bekannt zu machen. Humorvoll behandelte der Abgeordnete Dove diese Angelegenheit, indem derselbe mit einem Arm voll Büchern der Rechtswissenschaft die Rednerbühne betrat, um den Berg freiziehend zu zeigen, der ein Mäuschen gebiert.

Zum Kurpfuschereigesetz bemerkt Staatssekretär Dr. Delbrück: Die Mißstände auf dem Gebiet der Kurpfuscherei und des Geheimmittelwesens erfordern unbedingt ein gesetzliches Eingreifen. Eine gänzliche Unterdrückung des nicht gewerksmäßigen Behandelns Kranker durch nicht approbierte Personen erscheint nicht angängig, weil man einen seit langem bestehenden Zustand ohne schweren Schaden nicht auf einmal radikal beseitigen kann. Nur bei bestimmten Krankheiten, wie Geschlechtskrankheiten, soll nach dem Entwurf die Behandlung durch nicht approbierte Personen ganz ausgeschlossen sein. Auch die Geheimmittel können nicht ohne weiteres durchweg verboten werden, das Verbot kann sich nur auf bestimmte Geheimmittel erstrecken. Verboten werden sollen die reklamhaften Anpreisungen von Heilmitteln, und der Bundesrat soll die Befugnis zur Erweiterung des Verbots von Heilmitteln erhalten.

Die Herren Ärzte beabsichtigen nämlich, die lästige Konkurrenz durch dieses Gesetz zu entfernen und sind bemüht, alle modernen Zunftgedanken in das Gesetz hineinzubringen, um ihre ureigensten Interessen zu wahren. Die Interessen der Kranken und der großen Masse treten dabei in den Hintergrund. Diese Zunftgedanken wurden einer scharfen Kritik von Seiten des Genossen Zietzsch unterzogen, welcher ausdrücklich nachwies, daß auch Ärzte nicht unfehlbar sind und daß die Naturheilkunde heute zu einer bedeutsamen Wissenschaft geworden ist, die sich viele Anhänger, nicht nur in Laienkreisen, sondern allüberall erworben hat. Auch die Sozialdemokraten beurteilen den Geheimmittelschwindel, der Medikamente in jeder möglichen Form anbietet, welche helfen sollen: für Husten, Geisertei, Kopfweh, Leibschmerzen, Sühneraugen, Plattfüße usw., wobei den Dummen die Taschen geleert werden. Hier hilft nur Aufklärung. Die vorhandene Gesetzgebung, richtig angewendet, wird genügen. Sollen die Ärzte eine Sonderstellung extra gesichert erhalten, so müßte auch der Kurierzwang eingeführt werden, andernfalls werden solche Bestimmungen zur Grundlage wirtschaftlicher Vorteile für die Ärzte auf Kosten der Allgemeinheit. Die Bahntechniker dürfen auch nicht unter das Gesetz fallen und müssen deshalb aus demselben entfernt werden. Es ist bis jetzt unbefritten, daß sie notwendig sind, und sie haben Beweise erbracht, daß sie mit ihren Fähigkeiten den Ärzten, soweit die technische Behandlung in Frage kommt, nicht nachstehen. — Das Gesetz wird schließlich an eine Kommission verwiesen.

Hierauf werden die Interpellationen über die Rebschädlinge beraten. Dabei wurde von allen Seiten anerkannt, daß sich die Weinbauern in einer großen Notlage befinden.

Staatssekretär Dr. Delbrück meinte, es sei Sache der Bundesstaaten, lindernd einzugreifen. Von Seiten der Redner wurden viele Vorschläge zwecks Bekämpfung der Schädlinge gemacht — jedoch kein Mittel als absolut wirkend bezeichnet. Wer weiß, ob nicht die so vielfach angeordnete Spritzerei der Weinberge jene Bebe-weise (Spinnen) vertilgt hat, welche den Sauremurm vernichteten, der jetzt üppig wuchert. Für die Winger springt nicht viel bei der Diskussion heraus.

Handwerkerschmerzen sind hierauf der Gegenstand der Beratung. Da klagt der Innungs-Tischlermeister Pauli-Potsdam über das Submissionswesen, über Gefängnisarbeit, über den Einkauf beim Großhändler usw. Wie ein Schwärzer faden zieht durch die ganze Diskussion jenes Zünftlergejammer, wie wir es von jenen Parteien gewöhnt sind, welche die gute alte Zeit herbeiwünschen, in der der Meister noch Herr im Hause war und mit der Zucht die Gesellen im Zaume hielt. Ginge es nach den Wünschen dieser Verehrten, so würde das Rad der Zeit zurückgedreht.

Der Abgeordnete Brühne (SD.) rechnete mit den Rückständlern ab, indem er nachwies, daß sie es sind, welche bisher die Zoll- und Handelspolitik mit der Folge einer allgemeinen Teuerung von Seiten der Regierung unterstützten und damit die eigene Existenz sich selbst erschwerten. Die Ausführungen im allgemeinen brachten neue Punkte nicht hervor. Es ist eine Debatte, bei der nichts herauskommt.

Der Fortschritt geht eben über Leichen. Den Kleinen kann nicht geholfen werden, wenn ihr Dasein nicht durch die Verhältnisse selbst geschützt ist.

### Für die Arbeiterinnen.

Die Frau, die heute als Erwerbende den besten Teil ihrer Kraft und Zeit der Berufsarbeit widmen muß, kann im allgemeinen den Kindern und dem Manne nicht geben, was ihnen gebührt.

In schmerzreichen Konflikten muß sie tagtäglich eine Antwort suchen auf die Frage: Was schulde ich der Familie, was dem Berufe, der Welt? Klara Zeitin.

Frauenlöhne. „Trotzdem die Frauenarbeit stetig zunimmt und die Nachfrage nach weiblichen Arbeitskräften von Jahr zu Jahr steigt, bleiben die Löhne der Frauen noch immer unter dem Niveau der männlichen Höhe zurück.“ führt die „Korrespondenz“ des österreichischen Frauenkomitees aus. „Die Frau wird auch in Berufen, die höhere Anforderungen an ihre Arbeitskraft und an ihre geistigen Fähigkeiten stellen, schlechter bezahlt als die Männer. Leider ist gerade die Lohnstatistik sehr mangelhaft, und Oesterreich genießt hier wieder den traurigen Ruhm, daß dort so gut wie nichts geschieht, um die Lohnverhältnisse zu sammeln und statistisch zu vermerken. In Deutschland wird diesen statistischen Untersuchungen

größere Aufmerksamkeit zugewendet, und hier sieht man immer wieder, wie groß die Differenz zwischen weiblichen und männlichen Löhnen ist.

1887 betrug der Durchschnittslohn der Männer M 589,32, der der Frauen M 224,26; 1904 der der Männer M 981,38, der der Frauen M 321,86; 1909 hatten die Männer einen Durchschnittslohn von M 1146,22 und die Frauen M 369,18.

Wächte es der Erziehung durch Agitation und Organisation doch endlich gelingen, den Frauen die Forderung vor allen andern verständlich zu machen, für gleiche Pflichten gleiche Rechte, für gleiche Arbeit gleichen Lohn.

Weibliche Polizeibeamte. Vor einiger Zeit hat der allgemeine österreichische Frauenverein die Anstellung eines weiblichen Polizeiaffizienten gefordert.

In Norwegen ist man schon einen Schritt weiter gegangen und hat die Stadtverordnetenversammlung von Christiania schon beschlossen, in das Budget für das nächste Jahr die Kosten für die Anstellung zweier weiblicher Polizeibeamten einzufügen.

In Finnland gibt es weibliche Abgeordnete, und die Wünsche der Frauen finden deshalb mehr Beachtung.

Weibliche Fabrikinspektoren in Dänemark. Das dänische Ministerium des Innern hat die Stadtverordnete Frau Julie Arenholt zum Fabrikinspektor in Kopenhagen ernannt.

Genossenschaftliches.

Unsern Genossenschaftstarif hat außer den bisher bekanntgegebenen Vereinen noch anerkannt: Konsumverein und Produktivgenossenschaft „Eintracht“ in Crimmitschau.

Literarisches.

„Grundbegriffe der Politik“. Von Friedrich Stampfer. Verlag der Fränkischen Verlagsanstalt und Buchdruckerei G. m. b. H. in Nürnberg.

Dem eigenartigen Buche ist die Aufgabe gestellt, über die Grundbegriffe der Politik zu orientieren. Der Verfasser hat dieses Ziel vorzüglich gelöst.

„Jeder Erwachsene soll als gleichberechtigter Bürger zur Bildung des Staatswillens berufen sein, der darauf gerichtet sein soll, die Wirtschaftsordnung mit den Ansprüchen aller einzelnen auf freie Entfaltung ihrer Persönlichkeit in Einklang zu bringen.“

Das Buch ist flott geschrieben. Soweit Fremdwörter Anwendung finden, sind diese in die deutsche Sprache übersetzt oder eingehend erläutert.

Die Bergarbeiter. Erster Band. Historische Darstellung der Bergarbeiterverhältnisse von der ältesten bis zur neuesten Zeit von Otto Gün. VIII und 456 Seiten 8°. Preis brochiert M. 5, gebunden M. 6, in Halbfranzband M. 7.

Internationale Bergarbeiterföderation. 21. Internationaler Bergarbeiterkongress vom 8. bis 12. August in Brüssel. 72 Seiten. Selbstverlag.

Preussischer Kommiss. Soldatengeschichten von August Winnig. Illustriert von J. Damberger-München. Verlag Buchhandlung Vorwärts, Berlin SW 68.

Geschichte der Revolutionen vom niederländischen Aufstand bis zum Vorabend der französischen Revolution. Von A. Conrady. Reich illustriert mit Bildern und Dokumenten aus der Zeit.

In Freien Stunden. Verlag Buchhandlung Vorwärts, Berlin SW 68. Die Hefte 45-47 sind erschienen.

Anzeigen.

Nachruf.

Am 27. November starb unser Kollege und Mitarbeiter, der Bäcker

Friedr. Schlingmann

nach sechs Wochen glücklicher Ehe infolge Blutvergiftung.

Ehre seinem Andenken!

Die Kollegen der Osnabrücker Bäckerei-Genossenschaft.

[M. 7]

Nürnberger Bäcker- und Konditorgehilfen

decken ihren Bedarf am besten bei

Hans Derfuss, Schneidermeister, Heugasse 2, 1. Et., gegenüber dem Verbandslokal.

Unserm lieben Kollegen Reinhold Maar nebst seiner lieben Braut Lina Kahlert die besten Glück- und Segenswünsche zur Vermählung!

Paritätischer Arbeitsnachweis für Bäcker :: Konditoren und Hilfsarbeiter :: Offenbach a. M.

Nur Kaiserstr. 68, Hinterhaus, part., täglich von 4 bis 5 Uhr nachmittags. Vermittlung unentgeltlich.

Paritätischer Arbeitsnachweis für Bäcker :: Konditoren und Hilfsarbeiter :: Frankfurt a. M.

Nur An der Schmiedstraße 7, erster Stock, täglich von 11 bis 12 Uhr vormittags. Vermittlung unentgeltlich.

Deutscher Arbeiter-Stenographen-Bund System Arends

Größte stenographische Arbeiterorganisation in Deutschland. Unterrichte im Jahre 1907/08: 2567; 1908/09: 3366; 1909/10: 5000 Arbeiter.

Bäcker und Konditoren

kaufen ihre Kleidung am besten und billigsten in dem größten Spezial-Geschäft für

Berufs-Kleidung

Kohnen & Jöring, Berlin

Hauptgeschäft und Versand: Alexanderstr. 12 Verlangen Sie freie Zusendung unserer Preisliste

Münchener Bäcker und Konditorgehilfen

decken ihren Bedarf am besten bei

Gg. Prem, Schneidermeister, Walterstr. 19/0.

Crestpunkt der Münchener Bäckergehilfen: Gasthaus „Ebersbergerhof“, Rumpfordstr. 29.

(In nächster Nähe des Verbandsbüros.)

Vorzügl. Restauration

Achtungsvollst Andreas Reindl.

Ratten, Mäuse etc.



werden mit unseren absolut zuverlässigen Präparaten radikal vernichtet, selbst da, wo alle bisher angewandten Mittel und Methoden nutzlos waren.

Witterung. Preis 1/2 kg M. 1,20, 1 kg M. 2,-, 3 kg M. 5,- per Packung ab Karlsruhe einschl. Verpackung.

Chem. Fabrik der Deutschen Versicherung gegen Ungeziefer Anton Springer, Karlsruhe 123 i. Baden.

Größte und leistungsfähigste Ungeziefervertilgungsanstalt Deutschlands.

Mitglieder- bzw. öffentliche Versammlungen.

(Wo nichts Besondere bemerkt, bezieht sich die Zeitangabe auf die Nachmittags- oder Abendstunden.)

Sonntag, 11. Dezember:

- Altenburg: 2 1/2 Uhr im Gewerkschaftshaus. - Bergeborf: 4 Uhr, „Deutsches Haus“, Sachsenstraße. - Bernburg: Im Gewerkschaftshaus, Schulstr. 17. - Essen a. d. R.: 3 Uhr im Restaurant „Birgerhalle“, Marktstr. 29. - Görlitz: 2 1/2 Uhr, „Zum goldenen Kreuz“, Langenstr. 37. - Hagen-Schwerte: 10 Uhr bei Schürhof, Hagen, Hochstraße. - Halle a. d. S.: 9 Uhr, „Zu den drei Königen“, Klausstr. 7. - Hannover (Gemeinsame): 3 1/2 Uhr bei Wolf, Schillerstr. 4. - Herford: Vorm. 9 1/2 Uhr bei Hillert, Brüderstr. 2. - Jena: 2 Uhr im Gewerkschaftshaus. - Neuß: Vorm. 11 Uhr bei Heinrich Reimers, Furterstr. 110. - Plauen: 3 1/2 Uhr im „Schillergarten“. - Oldenburg: 4 Uhr bei Schuhmacher, Kurdistr. 28. - Osnabrück: Im „Osnabrücker Hof“. - Uetersen: 3 Uhr bei Siemer. - Wittenberg (Halle): Vorm. 10 Uhr, „Zur Einigkeit“, Töpferstr. 1.

Dienstag, 13. Dezember:

- Darmstadt: Im Gewerkschaftshaus, Bismarckstr. 19. - Fürth i. B.: 5 Uhr bei Simader, Gartenstr. 1. - Hamburg-Altona (Konditoren-Hilfsgehilfen): 8 1/2 Uhr bei Heitmann, Großneumarkt. - Heidelberg: 3 Uhr, „Zum goldenen Römer“, Hauptstr. 41. - Rosenheim: Im „Frühlingsgarten“.

Mittwoch, 14. Dezember:

- Augsburg: Im „Wittelsbacher Hof“, Jesuitengasse. - Köln a. Rh. (Weißbäcker): 4 Uhr im Volkshaus, Severinstr. 199. - Crimmitschau: 5 Uhr in der Zentral-

- berberge. - Hamburg-Altona (Seefahrer), 8 Uhr bei Pfeifer, St. Pauli, Silberackstr. 15. - Homburg v. d. S.: 8 Uhr, „Zur neuen Brücke“. - Lindeburg: 2 Uhr bei Wulf. - Straßburg i. Elz. (Wäcker): Im „Vogelgesang“, Schiffseutstaden 7. - Striegau i. Schl.: Sauer's Lokal, Wilhelmstraße. - Waldenburg i. Schl.: „Zur Sandmühle“.

Donnerstag, 15. Dezember:

- Cottbus: Bei Liesl, Schloßkirchstr. 12. - Meq: Im Gewerkschaftshaus, Deutsche Straße.

Freitag, 16. Dezember:

- Braunschweig (Konditoren): 8 1/2 Uhr, „Zur Traube“, Frankfurter Straße 84.

Sonabend, 17. Dezember:

- Köln a. Rh. (Brotbäcker und Schokoladenarbeiter): 9 Uhr im Volkshaus, Severinstr. 199. - Ebersfeld: 8 Uhr im Volkshaus. - Ettlin (Konditoren und Tagbäcker): Bei A. Eiptom, König-Albert-Straße 43.

Sonntag, 18. Dezember:

- Erfurt: 3 Uhr, „Zum König von Preußen“, Futterstr. 9. - Gelsenkirchen: 5 Uhr im Volkshaus, Kaiserstraße. - Landshut: Im „Hofbräu“, Neustadt 444. - London: 2 Uhr in C. A. B. V. 107, Chancery Street W, 1. Stock. - Neunkirchen: Im Gasthof „Zur Pfalz“, Wellerstraße 38. - Weiskensfeld: Im Gewerkschaftshaus, Merseburger Straße 16. - Zeitz (Bäcker): 3 Uhr in Wundrats Restaurant, Leipziger Straße.

Für die Redaktion verantwortlich: Felix Weidler, Hamburg, Besenbinderhof 57. - Verlag von D. Mannmann, Hamburg. - Druck: Hamburger Buchdruckerei und Verlagsanstalt Auer & Co. in Hamburg.